Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/1139

12. 09. 91

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Manfred Opel, Robert Leidinger, Gerhard Neumann (Gotha), Hans Büchler (Hof), Dr. Andreas von Bülow, Hans Büttner (Ingolstadt), Gernot Erler, Katrin Fuchs (Verl), Konrad Gilges, Dr. Peter Glotz, Dieter Heistermann, Reinhold Hiller (Lübeck), Erwin Horn, Gabriele Iwersen, Horst Jungmann (Wittmoldt), Susanne Kastner, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Ulrike Mascher, Rudolf Müller (Schweinfurt), Horst Niggemeier, Dr. Martin Pfaff, Dr. Hermann Scheer, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Renate Schmidt (Nürnberg), Brigitte Schulte (Hameln), Erika Simm, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Hartmut Soell, Antje-Marie Steen, Heinz-Alfred Steiner, Uta Titze, Siegfried Vergin, Günter Verheugen, Rudi Walther (Zierenberg), Dr. Axel Wernitz, Verena Wohlleben, Hanna Wolf, Uta Zapf, Peter Zumkley
— Drucksache 12/859 —

Nutzung der Abrüstungschancen und Vermeidung negativer Abrüstungsfolgen

Vorbemerkung

Die Überwindung der Spaltung Europas und das Ende des Kalten Krieges führen zu umfangreichen Truppenreduzierungen in ganz Europa. Im geeinten Deutschland werden die Bundeswehr verringert, die Streitkräfte der Verbündeten drastisch reduziert und die sowjetischen Streitkräfte bis spätestens Ende 1994 vollständig abgezogen. Diesem ersten Erfolg der konventionellen Abrüstung in Europa können noch in den 90er Jahren weitere Abrüstungsschritte folgen.

Da die wesentlichen Teile der Abrüstungsvereinbarungen bis Ende 1994 verwirklicht sein müssen, ist mit erheblichen Auswirkungen auf eine Vielzahl der bisherigen Stationierungsstandorte, die Industrie, die gewerbliche Wirtschaft, andere mittelbar betroffene Wirtschaftszweige sowie insbesondere auf die direkt betroffenen Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr sowie der Stationierungsstreitkräfte zu rechnen.

Die SPD begrüßt die Erfolge bei der Abrüstung, die zu mehr Sicherheit für Deutschland und Europa bei gleichzeitig verringerter Rüstung geführt haben.

Es ist das Ziel der SPD, die möglichen positiven Chancen der Abrüstung voll zu nutzen und zugleich die mit der Überwindung der negativen Abrüstungsfolgen verbundenen Risiken soweit wie möglich zu begrenzen. Dies bedeutet insbesondere, bestehende Abhängigkeiten von Regionen und Wirtschaftszweigen abzubauen und zukunftsichere Strukturen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu schaffen. Dabei sind die sozial-, arbeitsmarkt-, regional- und wirtschaftspolitischen Strukturprobleme vorrangig zu bewältigen. Eine enge Zusammenarbeit des Bundes bei der Problemlösung mit den Ländern, Kommunen, betroffenen Organisationen und Verbänden ist unverzichtbar.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft, Klaus Beckmann, vom 10. September 1991 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

A. Zeitlicher Ablauf und Umfang der Abrüstung Aufschlüsselung in Jahresschritten (für die Jahre 1991 bis 1995 sowie gegebenenfalls darüber hinaus)

I. Bundeswehr

— Welche zahlenmäßige Stärke haben die Streitkräfte (aufgeschlüsselt nach Teilstreitkräften, Status und Laufbahnen) gemäß der derzeitigen Planung im Jahresdurchschnitt?

Eine nach den Laufbahnen aufgeschlüsselte Planung für die kommenden Jahre gibt es noch nicht. Diese wird wesentlich von der Ausgestaltung des geplanten Gesetzes über die Verminderung der Streitkräfte (Personalstärkegesetz) sowie von der Akzeptanz bei den betroffenen Soldaten abhängen.

— Wie viele Soldaten (aufgeschlüsselt nach Teilstreitkräften, Status und Laufbahnen) des Kernbestandes müssen über den natürlichen Abgang hinaus durch besondere (z. B. gesetzliche) Maßnahmen abgebaut werden?

Nach bisherigen Berechnungen muß der Anteil der Berufssoldaten am Kernbestand in der Bundeswehr West – also in den alten Bundesländern – von derzeit 70 600 um rund 10 000 auf 60 600 bis 1995 reduziert werden. Bei normalen Zurruhesetzungen und strukturgerechten Ergänzungen wären am 1. Januar 1995 im Überhang:

— 2 400 Offiziere des Truppendienstes;
— 450 Offiziere des Sanitätsdienstes;
— 4 400 Berufsunteroffiziere;
— 450 Offiziere des Militärfachlichen Dienstes würden fehlen.

— Welche Kriterien sind für die gesetzlichen Maßnahmen zur Verminderung der Streitkräfte (z. B. im vorgesehenen Personalstärkegesetz) vorgesehen?

Der vom Bundeskabinett am 24. Juli 1991 verabschiedete Entwurf des Personalstärkegesetzes enthält folgende Eckdaten:

— freiwilliges Ausscheiden in den Jahren 1992 bis 1994 für Offiziere des Truppendienstes, des Militärmusikdienstes, des militärgeographischen Dienstes und des Sanitätsdienstes ab 50 Jahren; für Offiziere des militärfachlichen Dienstes und Unteroffiziere ab 48 Jahren;
— um ein Jahr reduzierte besondere Altersgrenzen von 1993 bis 1998 mit flexibler Anwendung;
— Umwandlung des Dienstverhältnisses eines Berufssoldaten in das eines Soldaten auf Zeit (SaZ) (maximal SaZ 20) in den Jahren 1992 bis 1994;
— Reduzierung von Verpflichtungszeiten von SaZ auf freiwilliger Basis in den Jahren 1992 bis 1994.

Die finanziellen Regelungen lehnen sich weitgehend an das „Gesetz zur Verbesserung der personellen Struktur in der Bundeszollverwaltung" vom 11. Dezember 1990 an.

Im Ergebnis erhalten daher die ausscheidenden Soldaten 75 Prozent Ruhegehalt.

Soldaten, die aufgrund der reduzierten Altersgrenze ausscheiden, erhalten neben der Einmalzahlung gemäß § 38 SVG (8 000 DM) eine weitere Ausgleichszahlung nach folgender Regelung:

Vorzeitiges Ausscheiden	1 bis 3 Monate:	1 000 DM
	4 bis 6 Monate:	2 000 DM
	7 bis 11 Monate:	3 000 DM
	12 bis 17 Monate:	4 000 DM

4 000 DM stellen die Obergrenze dar.

Soldaten, die freiwillig vorzeitig ausscheiden, erhalten ebenfalls 8 000 DM gemäß § 38 Soldatenversorgungsgesetz und zusätzlich 3 Monate Gehaltsfortzahlung (statt Ruhegehalt), allerdings mit einer Kappungsgrenze von 4 000 DM beim Differenzbetrag von Gehalt und Ruhegehalt.

Im Ergebnis erhalten also auch diese Soldaten (ganz überwiegend) insgesamt 12 000 DM.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll das Gesetz noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

— Welche Kosten wird der zusätzliche personelle Abbau der Streitkräfte verursachen?

Der personelle Abbau der Streitkräfte wird sowohl Mehrkosten verursachen als auch zu Kosteneinsparungen führen. Die Mehrkosten entstehen vor allem durch die zeitlich vorgezogene Zahlung von Ruhegehältern, die Kosteneinsparungen ergeben sich durch die Rückgabe von nicht mehr benötigten Planstellen.

Für den Zeitraum 1992 bis 1998 entstehen Mehrkosten von insgesamt 1 117,1 Mio. DM.

Die Einsparung beläuft sich auf 1 209,9 Mio. DM. Die (Netto-)Einsparung des Gesetzes beträgt somit innerhalb von sieben Jahren 92,8 Mio. DM.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß alle Kostenberechnungen nur dann zutreffen, wenn das Gesetz auch tatsächlich von dem betroffenen Personenkreis in ausreichender Anzahl in Anspruch genommen wird.

1. Bundeswehr-Verwaltung

— In welchem Zeitraum ist die parallel vorzusehende Reduzierung des Zivilpersonals der Bundeswehr vorgesehen?

Die zeitlichen Planungen für die Reduzierung des Zivilpersonals der Bundeswehr gehen derzeit von einem Anpassungszeitraum bis zum Jahr 2000 aus. Dieser, gegenüber dem militärischen Bereich (der ist nach außenpolitisch bedingten Vorgaben im wesentlichen bis 1995 neu zu strukturieren) verlängerte Reduzierungszeitraum ist erforderlich, da die Organisation der Wehrverwaltung und damit der zivile Personalumfang wegen der Unterstützungsfunktion für die Streitkräfte, der Abhängigkeit von deren Strukturen und der Notwendigkeit entsprechender Abwicklungsarbeiten mit Schwerpunkt erst nach 1995 zurückgeführt werden kann.

Die Streckung der Personalverringerung gewährleistet einen sozialverträglichen, die Interessen der betroffenen Mitarbeiter weitgehend berücksichtigenden Anpassungsprozeß.

Darüber hinaus ist die Reduzierung des Zivilpersonals parallel zur Streitkräfteverringerung auch deshalb nicht möglich, da die Struktur des Zivilpersonals, im Gegensatz zu den Streitkräften, durch Dienstverhältnisse auf Lebenszeit (Beamte) bzw. unkündbare Arbeitsverhältnisse (Arbeitnehmer) geprägt ist.

— Welche zahlenmäßige Stärke haben die zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr (aufgeschlüsselt nach Status und Laufbahnen) gemäß der derzeitigen Planung im Jahresdurchschnitt?

Nach dem Stand vom 31. Mai 1991 sind im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung in den alten Bundesländern insgesamt 180 114 zivile Mitarbeiter beschäftigt (30 925 Beamte, 59 747 Angestellte, 83 815 Arbeiter und 5 627 Auszubildende). Für die einzelnen Laufbahngruppen ergeben sich folgende Anteile:

1. Beamte	
Höherer Dienst	4 929
Gehobener Dienst	12 355
Mittlerer Dienst	12 864
Einfacher Dienst	777
2. Angestellte	
Vergleichbar höherer Dienst	1 019
Vergleichbar gehobener Dienst	3 999
Vergleichbar mittlerer Dienst	52 776
Vergleichbar einfacher Dienst	1 953

Die Statusgruppe der Arbeiter ist nicht nach Laufbahngruppen differenziert.

Im Gegensatz zum Streitkräftebereich, für den die Gesamtreduzierung mit Festlegung des neuen Umfangs von 370 000 Soldaten bestimmt wurde, liegen konkrete Entscheidungen zum Umfang der Reduzierung des zivilen Personalbestandes bisher noch nicht vor.

Die Entscheidungen zur neuen Struktur der Wehrverwaltung werden im Herbst 1991 getroffen werden. Hiervon wird auch der neue Umfang des Zivilpersonals bestimmt werden. Angaben zur durchschnittlichen Personalstärke bezogen auf die geplante Streckung des Anpassungszeitraumes bis zum Jahre 2000 sind daher z. Z. noch nicht möglich.

— Wie viele zivile Mitarbeiter der Bundeswehr (aufgeschlüsselt nach Status und Laufbahnen) müssen über den natürlichen Abgang hinaus durch besondere (z. B. gesetzliche) Maßnahmen abgebaut werden?

Um den Personenkreis, der über die natürliche Fluktuation hinaus durch (z. B. gesetzliche) Maßnahmen abgebaut werden muß, zahlenmäßig näher bestimmen zu können, müssen alle endgültigen Standortentscheidungen vorliegen. Danach ergeben sich in erster Linie die maßgebenden Faktoren, wie z. B.

— welcher Standort ist betroffen;
— ist eine Aufgabe oder Teilaufgabe beabsichtigt;
— welches Personal (quantitativ und qualitativ) ist betroffen;
— welche Einsatzalternativen (vor allem wohnortnahe) stehen zur Verfügung;
— welchem Personal kann aus sozialen Gründen keine wohnortferne Unterbringung zugemutet werden.

Als Anhaltsgröße für den Anteil der über eine Vorruhestands-/Rentenregelung ausscheidenden Mitarbeiter kann eine Quote von etwa 50 Prozent der jährlich einzusparenden Stellen angesetzt werden.

Diese Quote wird sich erhöhen, wenn die Zeitachse für die Reduzierung verkürzt wird. In diesem Fall werden sich die Unterbringungsmöglichkeiten über die Fluktuation entsprechend verringern.

— Welche Kriterien sind gegebenenfalls für die gesetzlichen Vorschriften zur Verminderung des Zivilpersonals der Bundeswehr vorgesehen?

Nach der jetzt absehbaren Entwicklung sind aufgrund der Reduzierung der Streitkräfte bis zum 31. Dezember 1997 mindestens 4 862 Beamten-Haushaltsstellen abzubauen. Es wird versucht werden, den Abbau dieser Haushaltsstellen durch die normale Fluktuation (z. B. durch die üblichen Zurruhesetzungen) und durch die anderweitige Verwendung freiwerdender Mitarbeiter in der eigenen oder auch in anderen Verwaltungen aufzufangen. Im Hinblick auf die Auflösung ganzer Standorte und die weitgehende Ausdünnung von Standorten wird dies aber nicht in allen Fällen möglich sein. Insbesondere bei älteren Beamten sind Versetzungen gegen deren Willen oft nicht mit dem Gebot der Sozialverträglichkeit vereinbar. Ferner wird es oft an der für den in Frage kommenden Dienstposten geforderten Qualifikation scheitern.

Als flankierende Maßnahme und zur Erhöhung der Sozialverträglichkeit ist daher ein Gesetz vorgesehen,

nach dem Beamte, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden können, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Das vorgesehene Gesetz entspricht in seinen Einzelheiten dem „Gesetz zur Verbesserung der personellen Struktur in der Bundeszollverwaltung" (Artikel 9 des Gesetzes vom 11. Dezember 1990, BGBl. I S. 2682), wobei jedoch wegen des alle Bereiche erfassenden Abbaus bei der Bundeswehrverwaltung alle Beamtenlaufbahnen einbezogen sind.

Für den Bereich der Arbeitnehmer sind gesetzliche Regelungen nicht erforderlich. Es ist vorgesehen, im Rahmen von Tarifverhandlungen, die bereits am 12. Juli 1991 aufgenommen worden sind und im September 1991 fortgeführt werden, Regelungen zur sozialverträglichen Umsetzung zu vereinbaren. Dazu wird u. a. angestrebt, wie im Beamtenbereich, ein vorzeitiges Ausscheiden für lebensältere Arbeitnehmer zu tarifieren.

In jedem Fall wird angestrebt, die betroffenen Mitarbeiter in anderen Bereichen der Verwaltung zu verwenden.

— Welche Kosten wird der zusätzliche personelle Abbau der zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr verursachen?

Es wird davon ausgegangen, daß über das vorgenannte Gesetz in den Jahren 1992 bis 1997 etwa 2 300 Planstellen abgebaut werden. Die Differenz zwischen den zu zahlenden Dienstbezügen und der zu zahlenden Versorgung beträgt bei rd. 2 300 Planstellen jährlich rd. 33,1 Mio. DM. Bei einer durchschnittlichen Vorruhestandszeit von fünf Jahren ergibt sich ein Gesamtbetrag von rd. 165,7 Mio. DM.

Der Betrag von rd. 165,7 Mio. DM ist in jedem Fall eine Minderbelastung, weil Aufgaben im entsprechenden Umfang nicht mehr vorhanden sind. Ohne Vorruhestandsregelung müßten die Dienstbezüge für die nicht mehr anderweitig einsetzbaren Beamten weitergezahlt werden.

Die Kosten einer tarifvertraglichen Lösung lassen sich derzeit auch nicht annähernd bestimmen, da die beteiligten Gewerkschaften noch keine detaillierten Forderungen erhoben haben. Bei allen Kostenrechnungen ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Kosten der Weiterbeschäftigung von nicht mehr benötigten Mitarbeitern, für die in vielen Fällen auch keine Arbeitsmöglichkeit besteht, bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze wesentlich höher sind, als z. B. die Kosten, die durch ein vorzeitiges Ausscheiden unter Gewährung einer Übergangsversorgung entstehen.

II. Verbündete Streitkräfte, gegliedert nach Bundesländern

1. Soldaten

— Welche zahlenmäßige Stärke werden die verbündeten Streitkräfte in Deutschland in den künftigen Jahren (ab Basisjahr 1990) haben?

Die zahlenmäßige Stärke der verbündeten Streitkräfte in Deutschland wird kontinuierlich abnehmen. Nach den derzeit bekannten Planungen werden bis 1997 knapp 150 000 alliierte Soldaten die Bundesrepublik Deutschland verlassen. Eine exakte Aufgliederung nach einzelnen Jahren und auf die Bundesländer läßt sich zur Zeit nicht erstellen, da die Verbündeten ihre Überlegungen zur Stationierung in den künftigen Jahren noch nicht abgeschlossen haben.

US-Streitkräfte

Die USA hatten bisher rd. 230 000 Soldaten (einschl. Berlin-Brigade und rd. 30 000 Soldaten der US-Air Force) in Deutschland stationiert.

Gegenwärtig liegen Planungen für den Abzug von rd. 75 000 Soldaten in den Jahren 1991 bis 1997 vor. 40 000 davon sollen voraussichtlich bis Mitte 1992 abgezogen werden, und zwar schwerpunktmäßig in den Bundesländern Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, aber auch kleinere Einheiten aus Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Das US-Kontingent in Berlin soll zeitlich befristet, voraussichtlich bis 1994, dort bleiben.

UK-Streitkräfte

Die Gesamtstärke der britischen Streitkräfte beträgt ca. 60 000 Soldaten.

Angekündigt wurde, die Rheinarmee von rd. 49 000 auf 23 500 Soldaten zu reduzieren, die bisher in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen stationiert sind. Über die Größenordnung bezogen auf die Jahre ist zur Zeit bekannt, daß eine Division bis August 1992 und eine weitere bis August 1993 abgezogen werden sollen. In Berlin bleibt zeitlich befristet, voraussichtlich bis 1994, eine Brigade (rd. 3 400 Soldaten) stationiert.

Die britische Luftwaffe in Deutschland verfügt z. Z. über 10 500 Soldaten, die in Nordrhein-Westfalen stationiert sind; über ihren Abbau ist z. Z. bekannt, daß zwei von den bisher vier genutzten Flugplätzen freigegeben werden.

Französische Streitkräfte

Frankreich hat mit Stand 1. Juli 1991 insgesamt 43 346 Soldaten in Deutschland stationiert. Für die Bundesländer ergeben sich folgende Zahlen:

Baden-Württemberg	26 530 Soldaten
Rheinland-Pfalz	15 644 Soldaten
Saarland	1 155 Soldaten
Nordrhein-Westfalen	17 Soldaten

Im Rahmen der ersten Abzugsphase werden bis Ende 1991 rd. 10 000 Soldaten aus Baden-Württemberg abgezogen. Bis Ende 1992 werden voraussichtlich weitere rd. 10 000 Soldaten in der zweiten Abzugsphase aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz abgezogen.

Die dann verbleibenden Soldaten werden im wesentlichen – mit Ausnahme der Deutsch-Französischen Brigade und den zeitlich befristet in Berlin stationierten französischen Streitkräfte – die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1993/94 verlassen.

Belgische Streitkräfte

Belgien hat in Deutschland rd. 27 300 Soldaten stationiert.

Davon sollen bis 1995 rd. 23 800 Soldaten stufenweise abgezogen werden. Sie werden ihre Standorte in Hessen aufgeben. Die verbleibenden ca. 3 500 Soldaten werden weitestgehend im Großraum Köln stationiert sein.

Niederländische Streitkräfte

Die Niederlande haben in Deutschland rd. 7 700 Soldaten stationiert, davon rd. 6 300 in Niedersachsen und 1 400 in Nordrhein-Westfalen.

Aus Niedersachsen sollen zunächst rd. 800 Soldaten bis 1992 abgezogen werden, weitere rd. 1 000 Soldaten sollen in den Jahren 1994 bis 1997 folgen. Gleichfalls von 1994 bis 1997 sollen aus Nordrhein-Westfalen 900 Soldaten in die Niederlande zurückkehren.

Die Genehmigung der Abzugspläne durch das niederländische Parlament ist erfolgt.

Kanadische Streitkräfte

Die rd. 7 700 Soldaten sind nur in Baden-Württemberg stationiert. Für das 2. Halbjahr 1991 ist eine Verminderung um rd. 1 400 Soldaten vorgesehen.

2. Zivilbeschäftigte

— Wie viele deutsche Zivilbeschäftigte (aufgeschlüsselt nach Status) werden (mit Basisjahr 1990) in Zukunft im Jahresdurchschnitt bei den verbündeten Streitkräften beschäftigt sein?

Die verbündeten Streitkräfte haben im Jahresdurchschnitt 1990 rd. 102 700 örtliche Arbeitnehmer beschäftigt. Die genaue Aufschlüsselung nach dem Stand vom 30. September 1990, aufgegliedert nach Bundesländern und Entsendestaaten sowie nach Status (Angestellte/Arbeiter), ergibt sich aus nachfolgender Übersicht.

Über die Zahl der Beschäftigten in den nächsten Jahren läßt sich noch keine verbindliche Aussage machen. Aufgrund der Ankündigungen der verbündeten Streitkräfte geht die Bundesregierung davon aus, daß sich die Beschäftigtenzahl bis 1995 erheblich vermindern wird.

Die Bundesregierung geht weiter davon aus, daß der Abbau des Zivilpersonals wie bisher weitgehend kontinuierlich geschieht.

Inländische Zivilbeschäftigte bei den alliierten Streitkräften

		US	UK	F	B	Cdn	NL	insg.
BW	a	5 927	–	963	–	217	–	7 107
	b	4 339	–	2 524	–	796	–	7 659
	c	10 266	–	3 487	–	1 013	–	14 766
BY	a	7 494	–	1	–	–	–	7 495
	b	5 932	–	–	–	–	–	5 932
	c	13 426	–	1	–	–	–	13 427
HB	a	646	–	–	–	–	–	646
	b	436	–	–	–	–	–	436
	c	1 082	–	–	–	–	–	1 082
HE	a	4 832	–	–	–	–	–	4 832
	b	3 604	–	–	–	–	–	3 604
	c	8 436	–	–	–	–	–	8 436
Nds	a	229	1 028	4	–	–	22	1 283
	b	47	2 949	19	–	–	37	3 052
	c	276	3 977	23	–	–	59	4 335
NRW	a	453	4 315	4	184	–	–	4 956
	b	333	12 235	13	1 292	–	–	13 873
	c	786	16 550	17	1 476	–	–	18 829
RP	a	10 872	–	404	–	13	–	11 289
	b	8 424	–	1 168	–	–	–	9 592
	c	19 296	–	1 572	–	13	–	20 881
AAFES/	a	4 147	–	68	–	–	–	4 215
Econo-	b	2 543	–	157	–	–	–	2 700
mat	c	6 690	–	225	–	–	–	6 915
insg.	a	34 600	5 343	1 444	184	230	22	41 823
ohne	b	25 658	15 184	3 881	1 292	796	37	46 848
Berlin	c	60 258	20 527	5 325	1 476	1 026	59	88 671
Berlin	a	1 832	2 476	1 553	–	–	–	5 861
	b	3 210	1 294	1 074	–	–	–	5 578
	c	5 042	3 770	2 627	–	–	–	11 439
insg.	a	36 432	7 819	2 997	184	230	22	47 684
mit	b	28 868	16 478	4 955	1 292	796	37	52 426
Berlin	c	65 300	24 297	7 952	1 476	1 026	59	100 110

a = Angestellte
b = Arbeiter
c = insgesamt

III. Rüstungsabhängige Betriebe

1. Arbeitsplätze insgesamt

– Wie viele Arbeitsplätze gibt es (mit Basisjahr 1990), die direkt oder indirekt von Rüstungsaufträgen abhängig sind auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland?

– Wie sind diese Arbeitsplätze auf die Bundesländer verteilt?

2. Gewerbliche Arbeitsplätze in den Standorten

– Wie viele Arbeitsplätze, die in den Standorten bisher direkt oder indirekt von den Streitkräften (aufgeteilt nach Bundeswehr, alliierten Streitkräften und sowjetischen Streitkräften) abhängig waren, werden von der Abrüstung betroffen sein (Basisjahr 1990)?

Nach Berechnung des Ifo-Instituts hängen von der inländischen und ausländischen Nachfrage nach Wehrgütern (einschließlich handelsüblicher Bedarf der Streitkräfte) in der Bundesrepublik Deutschland direkt und indirekt 280 000 Arbeitsplätze ab (Datenbasis 1988). Eine Aufteilung dieser Angaben nach Bundesländern, Kreisen oder Standorten liegt der Bundesregierung nicht vor.

In der Wehrgüterproduktion im engeren Sinn, d. h. der Produktion ausschließlich für die militärische Verwendung, sind nach den Ifo-Berechnungen knapp 80 000 Personen beschäftigt (Datenbasis 1988). Die Verteilung dieser Beschäftigten nach Bundesländern stellt sich wie folgt dar (in %):

Bayern	34,9
Baden-Württemberg	27,1
Bremen	9,2
Hessen	7,5
Schleswig-Holstein	6,5
Niedersachsen	4,1
Nordrhein-Westfalen	4,0
Hamburg	3,4
Saarland	1,7
Rheinland-Pfalz	1,6
West-Berlin	0

Unterlagen, die eine verläßliche Projizierung dieser Werte aus dem Jahr 1988 auf die Entwicklung in den Jahren 1991 bis 1995 zulassen würden, liegen der Bundesregierung nicht vor.

In den neuen Bundesländern (einschl. Berlin-Ost) gab es im Jahr 1990 42 000 Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt von Rüstungsaufträgen abhängig waren.

Die Verteilung dieser Beschäftigten nach Bundesländern stellt sich wie folgt dar (in %):

Berlin-Ost	4,2
Brandenburg	15,4
Mecklenburg-Vorpommern	25,3
Sachsen	27,4
Sachsen-Anhalt	12,8
Thüringen	15,8

Im weiteren Verlauf erfolgte im Zuge der Generalstornierung aller Rüstungsaufträge ein Abbau auf ca. 5 000 Beschäftigte.

B. Strukturpolitische Auswirkungen in den Regionen und Maßnahmen der Bundesregierung

I. Auswirkung der Abrüstung auf die Standorte (Standortkonversion)

1. Kriterien für die Stationierungsentscheidungen

– Welche Kriterien gelten für die Stationierungsentscheidungen im Rahmen der laufenden Abrüstungsschritte im geeinten Deutschland (für die Bundeswehr und die verbündeten Streitkräfte)?

– Wie gewichtet die Bundesregierung diese Kriterien und wie begründet sie diese Entscheidung?

Den Entscheidungen zur Stationierung der Bundeswehr von 370 000 Soldaten in einem erweiterten Hoheitsgebiet sind sechs Hauptkriterien zugrunde gelegt worden. Diese sind:

- Erfüllbarkeit der Streitkräfteaufgaben in Frieden, Krise und Krieg;
- Erfüllbarkeit derzeitiger und zukünftiger internationaler Verpflichtungen;
- Lebensfähigkeit der Truppenteile und Standorte;
- soziale Verträglichkeit für Soldaten und Zivilbedienstete der Bundeswehr einschließlich ihrer Familien;
- politische und gesellschaftliche Akzeptanz;
- Wirtschaftlichkeit.

Diesen übergeordneten Kriterien waren Einzelkriterien zuzuordnen:

- Kriterien zur Raumordnung: Präsenz in allen Bundesländern, raumdeckende Wahrnehmung territorialer Aufgaben, Entlastung strukturstarker zugunsten strukturschwacher Räume, Berücksichtigung der Truppenreduzierung der Gaststreitkräfte, soweit sie bekannt ist.
- Strukturelle Kriterien: Zuordnung der Truppenteile zu ihren Kommandobehörden in vertretbarer Entfernung, Erhalten der Aufwuchsfähigkeit und -beziehungen.
- Kriterien zur Ausbildung: Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten für die Truppe, Qualität, Vielfalt, mögliche Restriktionen, Entfernung von der Unterkunft.
- Aufkommensorientierte Kriterien: Günstiges Längerdieneraufkommen, heimatnahe Einberufung.
- Kriterien der Sozialverträglichkeit: Attraktives soziales und geographisches Umfeld für die Bundeswehrangehörigen, Qualität der zivilen Infrastruktur (Schulen, Wohnungen, Arbeitsmöglichkeiten), Begrenzen des Umfangs von Versetzungen, Erhalten gewachsener zivil-militärischer Verbindungen.
- Infrastrukturelle Kriterien: Bausubstanz der vorhandenen Infrastruktur, Qualität der Ausbildungsein-

richtungen, Aufgabe von Innenstadt-Kasernen und teuren Mietobjekten.

- Finanzielle Kriterien: Begrenzung der Kosten für Verlegungen und Versetzungen, kostengünstige Betriebskosten für den Standort.
- Kriterien der Länder und Kommunen: Erhalten der Garnisonen in strukturschwachen Regionen, Aufgabe militärischer Liegenschaften, die Stadtentwicklung und Ansiedlung von Industrie behindern. Ausgewogenheit der militärischen Präsenz und Belastung der Bevölkerung, Umweltverträglichkeit.

Bei der Anwendung der Kriterien kam es nicht so sehr auf eine Gewichtung des einzelnen Kriteriums und eine Rangordnung der Kriterien zueinander an als vielmehr darauf, daß durch die jeweilige Entscheidung möglichst viele der genannten Kriterien für die Stationierung erfüllt wurden.

Die Entscheidung zur Stationierung der reduzierten Gaststreitkräfte und die Aufgabe bisheriger Standorte werden nach Kriterien getroffen, die die Regierungen und Parlamente der Entsendestaaten festlegen. Sie sind der Bundesregierung nicht bekannt. Ein Konsultations- und Unterrichtungsprozeß ist in Gang gesetzt worden. Dadurch werden die Bundesregierung und die betroffenen Bundesländer vor Reduzierungsentscheidung der Entsendestaaten informiert und beteiligt.

2. Stationierungsentscheidungen

a) Bundeswehr

- Welche Standorte, Dienststellen und Truppenteile der Bundeswehr werden von den Stationierungsentscheidungen betroffen und in welchen Jahren vollzieht sich der Abbau der Bundeswehr (aufgeschlüsselt nach Soldaten insgesamt, Kernbestand an Soldaten und Zivilpersonal)?

Die Stationierungsentscheidungen sind am 5. August 1991 endgültig getroffen worden und in dem detaillierten Dokument „Stationierung der Bundeswehr in Deutschland" (Band 1 und 2) niedergelegt worden. Über alle gefragten Einzelheiten gibt es umfassend Auskunft. Es ist dem Verteidigungsausschuß und den Fraktionen im Deutschen Bundestag zugeleitet worden. Es soll im Herbst durch Bekanntgabe der Stationierung der Dienststellen der territorialen Wehrverwaltung und des Rüstungsbereichs vervollständigt werden.

- Wie entwickelt sich die Dienstgradstruktur der Bundeswehr in Jahresschritten (Basisjahr 1990)?

Die personelle Zielstruktur für die Streitkräfte im Jahre 1995 wird im „Personalstrukturmodell 370", einem Modell zur Rückführung der jetzigen Stärke der Bundeswehr auf 370 000 Soldaten, enthalten sein. Diese gliedert die Umfänge der Soldaten auch nach Dienstgraden/Besoldungsgruppen.

Das Personalstrukturmodell 370 befindet sich zur Zeit in der Erarbeitung; es soll 1992 herausgegeben werden.

Erst nach Vorliegen der Zielstruktur können die Jahresschritte – aufgeschlüsselt nach den Dienstgraden – geplant werden.

b) Verbündete Streitkräfte

- Welche Standorte bzw. Dienststellen haben die verbündeten Streitkräfte seit Ende 1989 aufgegeben und welche sind zur teilweisen oder vollständigen Auflösung vorgesehen (in Jahresschritten)?

Nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung von Anfang August 1991 ergibt sich im einzelnen folgender Sachstand:

Baden-Wüttemberg

Baden-Söllingen Airbase	CA	Teilfreigabe
Baiersbronn Mundepot	CA	Freigabe bis 91
Baden FMRGT 50	FR	Freigabe 7/92
Baden Druckerei des Heeres	FR	Freigabe 7/92
Breisach BSTF-Depot	FR	Freigabe 7/92
Breithülen Depot	FR	Freigabe 7/92
Bühl Sanverskp 610	FR	Freigabe 7/91
Eutingen Depot	FR	Freigabe 7/92
Freiburg Quartier Chaudessole	FR	Teilfreigabe bis 91 nur Anteile Flugplatz
Freiburg Quartier St.-Christophe	FR	Freigabe bis 91 außer Sportanlage
Freiburg Quartier Vaquette de Gribauval	FR	Freigabe bis 91 ca. 50 Prozent
Freiburg Krankenhaus Alain Limouzin	FR	Teilfreigabe bis 91
Freiburg 5 Schulen	FR	Freigabe bis 91
Freiburg Aufgabe Ges. Franz. Garnison 1992	FR	Freigabe bis 7/92
Friedrichshafen Aufgabe Ges. Franz. Garnison 1992	FR	Freigabe bis 7/92

Friedrichshafen 2./Fschjggenkprgt 13	FR	Freigabe 7/92
Kaiserslautern Aufgabe Ges. Franz. Garnison 1992	FR	Freigabe 7/92
Kaiserslautern Standort Kaiserslautern	FR	Freigabe bis 9/92
Karlsruhe Quartier Pagezy	FR	Freigabe bis 10/91
Karlsruhe Kfz-Park (Knielinger-Allee)	FR	Freigabe ab 9/91
Karlsruhe Sportplatz Nancystraße	FR	Freigabe bis 8/91
Karlsruhe Cites Cadres Nancystraße	FR	Freigabe bis 10/91
Karlsruhe Cites Cadres Freydorfstraße	FR	Freigabe bis 10/91
Karlsruhe Ecole Nancystraße	FR	Freigabe bis 9/91
Karlsruhe Logements Pris a Bail (2)	FR	Freigabe bis 9/91
Karlsruhe Cites Cadres Windhorststraße	FR	Freigabe bis 10/91
Karlsruhe Aufgabe Ges. Franz. Garnison 1991	FR	Freigabe bis Ende 1991
Kehl Quartier Berthezene	FR	Teilfreigabe ab 7/91
Kehl Quartier Bertin	FR	Freigabe ab 7/91
Kehl Quartier Chanteau	FR	Teilfreigabe ab 10/91
Kehl Quartier Voisin	FR	Freigabe ab 10/91
Kehl Batiment Administratif Hauptstr.	FR	Freigabe bis 10/91
Kehl Cercle Mess Friedenstr. 12	FR	Freigabe bis 10/91
Kehl Foyer de Garnison Marktstr. 9	FR	Freigabe bis 10/91
Kehl Bureau Rheinbrücke/Grenze	FR	Freigabe bis 6/91
Kehl Chapelle Ehrmannstr. 19	FR	Freigabe bis 10/91
Kehl Sportplatz Wörthle	FR	Freigabe bis 6/91
Kehl Terrain d'Exercise Fort Bose	FR	Freigabe bis 6/91
Kehl Cinema Richard-Wagner-Str. 14	FR	Freigabe bis 10/91
Kehl Verkaufsstelle Kanzmattstr.	FR	Freigabe bis 11/91
Kehl Schulen	FR	Freigabe bis 8/91
Kehl Aufg. Ges. Franz. Garnison 1991	FR	Freigabe bis Ende 1991
Lachen Standort Lachen	FR	Freigabe bis 9/92
Langenargen Alle Franz. Liegenschaften	FR	Freigabe 7/92
Münsingen Breithülen	FR	Freigabe bis 9/92
Münsingen Infanterieregiment 7	FR	Freigabe 7/92
Münsingen Aufgabe Ges. Franz. Garnison 1992	FR	Freigabe 7/92
Neustadt Aufgabe Ges. Franz. Garnison 1992	FR	Freigabe 7/92
Neustadt Quartiermeister Einh/TE	FR	Freigabe 7/92
Offenburg Quartier Montalegre	FR	Teilfreigabe ab 10/91
Offenburg Quartier Wagram	FR	Teilfreigabe ab 10/91 ca. 50 Prozent
Offenburg Depot Gottswald	FR	Freigabe ab 3/91
Offenburg Stoübpl Rahmersweiler	FR	Teilfreigabe ab 6/91
Offenburg Schießplatz Schutterwald	FR	Freigabe ab 6/91
Offenburg Offizierheim Straßburgerstr. 7	FR	Freigabe bis 8/91
Offenburg Cites Cadres	FR	Freigabe bis 9/91
Offenburg Aufgabe Ges. Franz. Garnison 1992	FR	Freigabe 7/92
Offenburg Quartier Pennanech	FR	Freigabe 7/92
Offenburg Transitdepot	FR	Freigabe 7/92
Offenburg Quartier La Horie (Art-Kaserne)	FR	Freigabe 7/92
Offenburg Quartier Joffre (Pionierstab)	FR	Freigabe 7/92
Rastatt Quartier Carnot (ohne Geb. 17) Verwaltungsgebäude Fr.-Ebert-Str.	FR	Teilfreigabe bis 91
Rastatt Quartier Merzeau	FR	Freigabe bis 91

Reutlingen Quartier Intendance	FR	Freigabe bis 91
Reutlingen Aufgabe Ges. Franz. Garnison 1992	FR	Freigabe 7/92
Rheinau-Linx Quartier Monraisse	FR	Freigabe bis 91
Rheinau-Linx Stoübpl Niederrott	FR	Freigabe bis 91
Tübingen Quartier Desazars-Mand'Huy	FR	Freigabe is 91
Tübingen Motorsportschule/Alexanderstr. 48	FR	Freigabe bis 91
Tübingen Depot Schindau	FR	Freigabe bis 91
Tübingen Stoübpl Schindau	FR	Freigabe bis 91
Tübingen Sportpl. – Versch. Geb./ Reutl.Str.	FR	Freigabe bis 91
Tübingen Aufgabe Ges. Franz. Garnison 1991	FR	Freigabe bis Ende 1991
Böblingen Maintenance Plant	US	Teilfreigabe 11/92
Bückelberg Berg Storage Point	US	Freigabe bis 6/93
Dallau Dallau Tactical Def.Station	US	Freigabe 9/91
Esslingen Jägerhaus-Range	US	Freigabe 8/91
Esslingen Funker-Kaserne	US	Freigabe ab 10/92
Ettlingen Seehof-Area	US	Freigabe ab 6/92
Freiburg i. Breisgau Feldberg Comm. Facility	US	Freigabe 7/92–10/92
Göppingen Cooke Barracks	US	Freigabe 12/91–2/92
Göppingen Family Housing	US	Freigabe 11/91–2/92
Heilbronn Badenerhof-Kaserne	US	Teilfreigabe ab 3/92
Heilbronn Waldheide Training Area	US	Teilfreigabe ab 6/91
Heilbronn Wharton Barracks	US	Freigabe 7/93–9/93
Heilbronn Kennedy Village Family Housing	US	Freigabe 7/93–9/93
Lampertheim Ammo Area	US	Freigabe bis 9/92
Ludwigsburg Engeneering R+U+Shop	US	Freigabe ab 8/91
Ludwigsburg Bäckerei-Kaserne	US	Freigabe bis 1/92
Ludwigsburg Valdez-Barracks	US	Freigabe 7/91
Ludwigsburg Karls-Kaserne	US	Freigabe bis 7/91
Ludwigsburg Murphy-Barracks	US	Freigabe ab 5/90
Ludwigsburg Coffey-Barracks	US	Freigabe 6/92
Ludwigshafen Schifferstadt Ammo Area	US	Freigabe bis 9/92
Mannheim Gendarmerie-Kaserne	US	Freigabe ab 8/92
Mannheim Rheinau Coal Point D-4	US	Freigabe 7/92–10/92
Merklingen Training Area	US	Freigabe 2/91
Mutlangen Training Area	US	Freigabe 9/91–3/92
Neckarsulm Quartermaster Class III Point	US	Freigabe 9/91
Neckarsulm Artillery Kaserne	US	Freigabe 11/92–1/93
Nellingen Nellingen-Kaserne	US	Freigabe 11/92
Pfullendorf Comm. Facility	US	Freigabe 8/91–9/91
Sachsenheim Missile Station	US	Freigabe ab 8/91
Schönborn* Missile Station	US	Freigabe bis 10/92
Schwäbisch Gmünd Bismarck-Kaserne	US	Freigabe 9/91
Schwäbisch Gmünd Hardt-Kaserne	US	Freigabe 9/91
Schwäbisch Gmünd Family Housing	US	Freigabe 8/91–11/91
Ulm Bollingen Training Area	US	Freigabe 2/91
Ulm Ford Family Housing	US	Freigabe 2/91
Ulm Bollingen Training Area	US	Teilfreigabe ab 4/91–6/91
Ulm Mähringen Training Area	US	Freigabe 2/91
Unterbettringen Training Area	US	Freigabe 12/91–2/92
Unterbettringen* Training Area	US	Freigabe bis 9/92

Bayern

Ansbach Hindenburg-Kaserne	US	Freigabe 10/92
Ansbach Barton Barracks	US	Teilfreigabe bis 2/92
Ansbach Bleidorn-Kaserne	US	Teilfreigabe 11/91–1/92
Aschaffenburg Army Airfield	US	Freigabe 7/91
Aschaffenburg Supply and Service Depot	US	Freigabe 7/92
Aschaffenburg Fiori-Barracks	US	Freigabe 11/92
Aschaffenburg Graves-Barracks	US	Freigabe 11/92
Aschaffenburg Jäger-Barracks	US	Freigabe 1/93
Aschaffenburg Ready-Barracks	US	Freigabe 9/92
Aschaffenburg Smith-Barracks	US	Freigabe 5/92
Augsburg Ammunition Vehicle Park	US	Freigabe 5/91
Augsburg Haunstetten Training Area	US	Freigabe 6/91
Augsburg Flak-Kaserne	US	Teilfreigabe 10/92–12/92
Augsburg Reese-Barracks	US	Teilfreigabe 10/92–12/92
Aystetten Biburg Training Area	US	Freigabe 2/91
Bad Tölz Baker Army Air-Field	US	Freigabe 9/91
Bad Tölz Flint-Kaserne	US	Freigabe 10/91
Bad Tölz Benediktenwand Training Area	US	Freigabe 4/91
Bad Tölz Heigel Training Area	US	Freigabe 4/91
Bad Tölz Kesselkopf Training Area	US	Freigabe 4/91
Bad Tölz Sachsenkamer-Straße Family Hsg.	US	Freigabe 10/91
Bad Tölz Grötzerholz Training Area	US	Freigabe 4/91
Bad Tölz Sachsenkam/Jachenau Tr-Area/Range	US	Freigabe 4/91
Bamberg Dörnwasserlos Tac-Def.Site	US	Freigabe 3/91
Bamberg Kalteneggolsfeld Radio Relay Fac.	US	Freigabe 8/91–9/91

Batzenhofen Holzhausen Training Area	US	Freigabe 2/91
Bayreuth Röhrensee-Kaserne	US	Freigabe 6/91–9/91
Berchtesgarden Jäger-Kaserne	US	Freigabe bis 91
Brücks Border Observation Post	US	Freigabe 5/91
Coburg Harris Barracks	US	Freigabe 7/91
Coburg Border Observation Post	US	Freigabe 4/91–8/91
Derching Derchinger Forst Training Area	US	Freigabe 2/91
Deuringen Training Area	US	Teilfreigabe 7/91
Erding Guest House	US	Freigabe 10/91–1/92
Eußenhausen Border Observation Post	US	Freigabe 5/91
Fürth Monteith-Barracks	US	Teilfreigabe 11/92
Günzburg Bubesheim Training Area	US	Freigabe 2/91
Günzburg Training Area	US	Freigabe 2/91
Günzburg Klein Kötz Training Area	US	Freigabe 2/91
Günzburg Reisensburg Training Area	US	Freigabe 3/91
Haingrün Camp Gates	US	Freigabe 5/91
Hof Border Observation Post	US	Freigabe 4/91
Illertissen Von Steuben Missile St. Lehmgrube	US	Freigabe 1/91
Ingolstadt Autobahn Service Facility	US	Freigabe 10/92
Ingolstadt Hepberg Ammo Area	US	Freigabe 8/91–10/91
Landshut Lafaire-Vite-Site/Nst Dachau	US	Freigabe 7/92
Leipheim Aafes Gas Station	US	Freigabe 9/91–11/91
Lenggries Kesselkopf Training Area	US	Freigabe 4/91
Mühlfeld (Camp Lee) Border Observation Post	US	Freigabe 4/91–6/91
München Eching Training Area	US	Freigabe 7/91
München McGraw-Kaserne	US	Freigabe ab 10/92

München Warner Commissary	US	Freigabe 8/91
München Perlacherforest Family Housing	US	Freigabe ab 10/92
München Area Youth Activities Facilities	US	Freigabe 7/91
München AFN-Facility	US	Freigabe 1/92
München Chiemgau Str. Bill+Admin Area	US	Freigabe 10/92
München Grünthal Family Housing	US	Freigabe 10/92
München Harlaching Admin. Facility	US	Freigabe 10/92
München Säbener Straße Sportplatz	US	Freigabe 6/92
München Aya-Facility	US	Freigabe 7/91
Neu-Ulm Gerlenhofen Training Area	US	Freigabe 2/91
Neu-Ulm Leibi Training Area	US	Freigabe 2/91
Neu-Ulm Ludwigsfeld Training Area	US	Freigabe 2/91
Neu-Ulm Officer Club, Supply Center	US	Freigabe 8/91
Neu-Ulm Nelson-Barracks	US	Freigabe 6/91
Neu-Ulm Wiley-Barracks	US	Freigabe 10/91
Neu-Ulm Schwaighofen Storage Area	US	Freigabe ab 8/91
Neu-Ulm Strass Training Area	US	Freigabe 3/91
Neu-Ulm Thalfingen Training Area	US	Freigabe 3/91
Neu-Ulm Vorfeld-Family Housing	US	Freigabe 9/91
Neu-Ulm Burlafingen Training Area	US	Freigabe 2/91
Nürnberg Merell-Barracks	US	Freigabe 3/92–9/92
Oberammergau Linderhof Training Area	US	Freigabe 7/92–10/92
Regen Border-Camp May	US	Freigabe 5/91
Rötz Border Camp Reed	US	Freigabe 5/91
Rötz 5 Border Observation Posts Dräb.	US	Freigabe 4/91–7/91
Schwabach O'Brien Barracks	US	Freigabe 3/92–6/92
Thalfingen Neu-Ulm Training Area	US	Freigabe 3/91
Waidhaus Border Observation Post	US	Freigabe 8/91–9/91
Würzburg Emery-Barracks	US	Freigabe ab 7/93
Würzburg Hindenburg-Barracks	US	Freigabe ab 3/92
Würzburg Faulenberg-Kaserne	US	Teilfreigabe ab 11/92
Zirndorf Pinder-Barracks	US	Freigabe ab 9/92

Berlin

Berlin McNair-Barracks	US	Freigabe ab 3/91
Berlin Tegel Navigation Aid Annex Usafe	US	Freigabe bis 6/93
Berlin Tempelhof Airport Usafe	US	Freigabe bis 6/93
Berlin Marienfelde Comm Annex Usafe	US	Freigabe bis 9/91
Berlin Tegel Navigation Aid Anx Usafe	US	Freigabe 4/93–6/93
Berlin Flugplatz Tempelhof Usafe	US	Freigabe 7/91–6/93
Berlin Marienfelde Comm. Annex	US	Freigabe 7/91–9/91

Bremen

Bremerhaven Lager	US	Freigabe ab 91
Bremerhaven GS Security	US	Freigabe ab 91

Hessen

Arolsen Antoine-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Flechtdorf Hawk-Stellung	BE	Nach Freigabe
Korbach Cläs-Kaserne	BE	Freigabe bis 91
Rhoden-Quast Hawk-Stellung	BE	Nach Freigabe
Bad Nauheim Motor-Pool	US	Freigabe 5/91
Butzbach Schloß-Kaserne	US	Freigabe ab 7/92

Darmstadt Ernst-Ludwig-Kaserne	US	Freigabe ab 10/93
Darmstadt Griesheim Airfield	US	Teilfreigabe 8/91–11/91
Frankfurt/Main Rose-Army-Airfield (Bonames)	US	Freigabe ab 10/92
Frankfurt/Main Drake-Barracks	US	Teilfreigabe ab 10/92
Frankfurt/Main Edwards-Barracks	US	Freigabe ab 7/92
Frankfurt/Main Michael-Barracks	US	Teilfreigabe ab 1/92
Frankfurt/Main Camp Eschborn	US	Freigabe 5/92–8/92
Frankfurt/Main Eschborn Storage Area	US	Freigabe 10/92–1/93
Frankfurt/Main Frankfurt Aafes Bakery	US	Freigabe 8/91–11/91
Frankfurt/Main Frankfurt QM Laundry	US	Freigabe 5/92–8/92
Friedberg-Ockstadt Heliport	US	Freigabe 9/91
Fulda Border Observation Post A,I,R	US	Freigabe 4/91
Gelnhausen Coleman-Barracks	US	Freigabe ab 1/92
Gießen Rivers-Barracks	US	Teilfreigabe ab 1/93
Gießen Pendleton Barracks	US	Teilfreigabe 9/92–12/92
Hanau Depot	US	Freigabe ab 10/92
Hanau Francois-Kaserne	US	Freigabe ab 1/95
Hanau Großauheim-Kaserne	US	Teilfreigabe ab 10/92
Hanau Hessen-Homburg-Kaserne	US	Freigabe ab 10/92
Hundheim Großberg Bunker Usafe	US	Freigabe bis 3/92
Langenhain Camp Paul Bloomquist	US	Freigabe 9/92–12/92
Langenhain Camp Paul Bloomquist	US	Freigabe bis 12/92
Oberursel Camp King	US	Teilfreigabe ab 7/92
Offenbach Offenbach Barracks	US	Freigabe 8/92–11/92
Wiesbaden Schierstein Admin.Annex	US	Freigabe 91–97
Wiesbaden Lindsey Air Station	US	Freigabe 91–97

Niedersachsen

Stolzenau NL-Kaserne	NL	Freigabe 94–97
Wietzendorf Kaserne Langemannshof	NL	Freigabe bis Ende 92
Gross Gussborn/L-D Fernmeldeanlage	UK	Freigabe 6/91
Helmstedt Military Camp	UK	Teilfreigabe ab 6/91
Helmstedt Helmstedt Properties	US	Freigabe 5/92–8/92
Hess. Oldendorf Air Station	US	Freigabe 8/91
Hess. Oldendorf Recreation Annex	US	Freigabe 6/91
Hess. Oldendorf Storage Annex 1 + 2	US	Freigabe ab 6/91
Schöningen Wobeck Electronic Test Facility	US	Teilfreigabe 8/91–9/91
Bad Münder Comm. Annex (Usafe)	US	Teilfreigabe 6/91–8/91
Cuxhaven Wanna-Comm. Annex	US	Freigabe ab 4/91
Delmenhorst Dünsen Comm. Facility	US	Freigabe 12/92–3/93

Nordrhein-Westfalen

Aachen Petit-Kaserne	BE	Freigabe ab 7/92
Aachen Pirotte-Kaserne	BE	Freigabe ab 94
Arnsberg Reigersvliet-Kaserne	BE	Freigabe ab 94
Arnsberg Loquet-Kaserne	BE	Freigabe erfolgt
Bergisch-Gladbach Bensberg-Kaserne	BE	Freigabe bis 95
Brakel Mänhoudt-Kaserne	BE	Freigabe ab 94
Düren Handzäme-Kaserne	BE	Freigabe ab 7/91
Essentho (Brilon) Jonet-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Köln Holm-Kaserne	BE	Freigabe 92
Köln Klerken-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Köln Hospital	BE	Freigabe bis 95
Köln Butzweilerhof-Kaserne	BE	Freigabe 94–95 nur BE-Anteil der Kaserne

Köln-Dellbrück Moorslede-Kaserne	BE	Freigabe bis 92
Köln-Weiden Hälen-Kaserne	BE	Freigabe vor. bis 95
Lüdenscheid Yzer-Kaserne	BE	Freigabe bis 92
Lüdenscheid Hellersen-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Lüdenscheid de Laie-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Probsteierwald Astrid-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Probsteierwald Merzbrück-Kaserne Flugplatz	BE	Freigabe 94–95
Siegen Normandie-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Siegen Bremer-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Siegen Pepinster-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Siegen Gilbert-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Soest Adam-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Soest Van Wessem-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Soest Rumbeke-Kaserne	BE	Freigabe bis 92
Soest Steensträte-Kaserne	BE	Freigabe bis 92
Soest Doyen-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Soest Military Hospital	BE	Freigabe 94–95
Werl Houthulst-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Werl Laarne-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Westhoven Passendale-Kaserne	BE	Freigabe 94–95
Blomberg NL-Kaserne	NL	Freigabe vor. 94–97
Gütersloh RAF Air Base	UK	Aufg. Flbtrb Strahlflugzeuge ab 93
Hamm Cromwell-Barracks	UK	Freigabe bis 91
Krefeld Linn-Barracks	UK	Freigabe bis 91
Laarbruch RAF Air Base	UK	Teilfreigabe bis 95
Recklinghausen Preston-Barracks	UK	Freigabe bis 91
Viersen Hilsea-Barracks	UK	Freigabe bis 92
Wildenrath RAF Air Base	UK	Ende Flbtrb Strahlflugzeuge 12/93
Willich Kitchener-Barracks	UK	Freigabe bis 92
Düren Drove Comm. Facility	US	Freigabe 8/91–9/91
Grevenbroich Kappellen-Site	US	Freigabe ab 8/91
Grevenbroich Comm-Annex	US	Freigabe bis 91
Rheinberg/Niederrh. „Reichel-Komplex"	US	Freigabe bis 9/91
Schwelentrup Comm. Annex	US	Freigabe 94/95

Rheinland-Pfalz

Kaiserslautern Aufklkp 5. Pzdiv	FR	Freigabe 7/92
Landau St/Versrgt 5. Pzdiv	FR	Freigabe 7/92
Landau Stab 5. Pzdiv	FR	Freigabe 7/92
Lichtenborn Depot	FR	Freigabe 7/92
Neustadt Pzgrenrgt 2	FR	Freigabe 7/92
Neustadt Pzabwkp 5. Pzdiv	FR	Freigabe 7/92
Neustadt Sankp 22	FR	Freigabe 7/92
Saarburg Pzrgt 6	FR	Freigabe 7/92
Trier Stab 1. Pzdiv	FR	Freigabe 7/92
Trier Stab-Versrgt 1. Pzdiv	FR	Freigabe 7/92
Trier Militärkrankenhaus	FR	Freigabe 7/92
Trier Lehschrverband 12	FR	Freigabe 7/92
Trier Heeresfliegerunter- stützungszug 22	FR	Freigabe 7/92
Trier Staffel 1. Pzdiv	FR	Freigabe 7/92
Wittlich Pzrgt	FR	Freigabe bis 9/92
Bann Communication Station	US	Teilfreigabe 5/92–9/92
Bückelberg Berg Storage Point	US	Freigabe 3/93–6/93

Standort		Status
Clausen Depot	US	Freigabe erfolgt
Eppelsheim Depot	US	Freigabe 3/91–6/91
Hahn Air Base	US	Teilfreigabe bis 9/91 nur Aufgabe Flugbetrieb
Hundheim Großberg Bunker (Usafe)	US	Freigabe 9/91–3/92
Idar-Oberstein Straßburg-Kaserne	US	Freigabe ab 7/92
Kriegsfeld Depot (nur Teil Gerbach)	US	Freigabe 3/91–6/91
Mainz Rail-Transport Office	US	Freigabe ab 1/92
Mainz Lee-Barracks	US	Teilfreigabe 1/92
Massweiler Unterirdisches Depot	US	Teilfreigabe ab 1/92
Neuhemsbach Pol Annex (Usafe)	US	Freigabe 4/93–12/93
Neustadt a.d. Weinstr. Kalmit Radio Relay Site	US	Freigabe 4/91–8/91
Reichweiler Teufelskopf Radio Relay Station	US	Freigabe 8/91–9/91
Rittersdorf Rittersdorf Annex (Usafe)	US	Freigabe 6/91–9/91
Schifferstadt Ammo Area Schifferstadt	US	Freigabe 6/92–9/92
Schönborn Missile Station	US	Freigabe 7/92–10/92
Sembach Airbase	US	Teilfreigabe bis 9/95 nur Aufgabe Flugbetrieb
Zweibrücken Airbase	US	Aufgabe Flugbe- trieb 10/91 Weiternutzung durch Army
Zweibrücken Bachelor Housing Annex	US	Freigabe ab 91
Zweibrücken Family Housing 1, 3, 4	US	Freigabe ab 91
Saarland		
Büschfeld Depot	US	Freigabe erfolgt
Differten Depot	US	Freigabe erfolgt
Haustadt Depot	US	Freigabe erfolgt
Urexweiler Depot	US	Freigabe erfolgt

3. Standortkategorien

— Welche Standorte gehören nach Auffassung der Bundesregierung zu

O Ballungsgebieten

O strukturstarken Gebieten

O strukturschwachen Gebieten

(Zuordnung sämtlicher derzeitiger Standorte der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte)?

Tabelle: Abgrenzungskriterien für die siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistypen

	Typ[1])
Regionen mit großen Verdichtungsräumen	
Regionen mit einem Oberzentrum von mindestens 300 000 Einwohnern und/oder einer Bevölkerungsdichte von über 300 E/qkm	I
O Kernstädte Kreisfreie Städte über 100 000 Einwohner	I.1
O Hochverdichtete Kreise Kreise mit einer Bevölkerungsdichte von um/über 300 Einwohner, Kreisfreie Städte unter 100 000 Einwohner	I.2
O Verdichtete Kreise Kreise mit einer Bevölkerungsdichte zwischen 150 und 300 E/qkm	I.3
O Ländliche Kreise Kreise mit einer Bevölkerungsdichte unter 150 E/qkm	I.4

[1]) In den Tabellen wurden die einzelnen Standorte mit der entsprechenden Kennziffer versehen, die wiederum Aufschluß über den siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistyp gibt.

	Typ[1])
Regionen mit Verdichtungsansätzen Regionen mit i. d. R. einem Oberzentrum von über 100 000 Einwohnern und/oder einer Bevölkerungsdichte von über 150 E/qkm	II
○ Kernstädte Kreisfreie Städte um/über 100 000 Einwohner	II.1
○ Verdichtete Kreise Kreise mit einer Bevölkerungsdichte über 150 E/qkm, Kreisefreie Städte unter 100 000 Einwohner und umliegende Kreise oder umliegende Kreise von Kernstädten mit einer Bevölkerungsdichte von zusammen mindestens 150 E/qkm	II.2
○ Ländliche Kreise Kreise und Kreisfreie Städte mit zusammen einer Bevölkerungsdichte unter 150 E/qkm	II.3
Ländlich geprägte Regionen stärker besiedelt, nicht peripher: Regionen ohne Oberzentrum über 100 000 Einwohner, verdichtungsraumnähere Lage und/oder Bevölkerungsdichte über 100 E/qkm gering besiedelt, peripher gelegen: Regionen ohne Oberzentrum über 100 000 Einwohner, Bevölkerungsdichte um 100 E/qkm und weniger	III
○ Verdichtete Kreise Kreise mit einer Bevölkerungsdichte um/über 150 E/qkm, Kreisfreie Städte und umliegende Kreise mit zusammen einer Bevölkerungsdichte von um/über 150 E/qkm, Kreisfreie Städte um 50 000 Einwohner und mehr und umliegende Kreise, Kreise mit einer Gemeinde über 50 000 Einwohner	III.1
○ Ländliche Kreise Sonstige Kreise und Kreisfreie Städte in ländlich geprägten Regionen	III.2

[1]) In den Tabellen wurden die einzelnen Standorte mit der entsprechenden Kennziffer versehen, die wiederum Aufschluß über den siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistyp gibt.

Quelle: Siedlungsstrukturelle Regions- und Kreistypen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Tabelle 1:

Gemeinden, in denen Standorte der Bundeswehr reduziert oder aufgelöst werden
(bis Ende 1994)

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Schleswig-Holstein	Boostedt	I	3	
Schleswig-Holstein	Burg auf Fehmarn	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Eckernförde	II	3	FG
Schleswig-Holstein	Eggebeck/Tarp	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Elmenhorst	I	4	FG
Schleswig-Holstein	Eutin	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Flensburg	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Glinde	I	3	
Schleswig-Holstein	Glücksburg	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Glückstadt	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Großenbrode	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Heide	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Helgoland	I	2	FG
Schleswig-Holstein	Hörnum/Sylt	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Husum	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Itzehoe	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Jardelund	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Kappeln	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Kellinghusen	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Kiel	II	1	FG
Schleswig-Holstein	Klein Wittensee	II	3	FG
Schleswig-Holstein	List/Sylt	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Lübeck	II	1	FG
Schleswig-Holstein	Neumünster	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Neustadt/Holstein	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Panker	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Pinneberg	I	2	
Schleswig-Holstein	Plön	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Rendsburg	II	3	FG
Schleswig-Holstein	Schacht-Audorf	II	3	FG
Schleswig-Holstein	Schleswig	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Seeth	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Silberstedt	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Stadum (Leck)	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Süderbrarup	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Süderlügum	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Wentorf/Hamburg	I	4	FG
Hamburg	Hamburg	I	1	
Niedersachsen	Achim	II	2	
Niedersachsen	Axstedt	I	4	FG
Niedersachsen	Bad Rothenfelde	II	2	
Niedersachsen	Bohmte	II	2	
Niedersachsen	Borkum	III	1	FG
Niedersachsen	Brake	II	3	FG
Niedersachsen	Braunschweig	II	1	
Niedersachsen	Bremervörde	I	4	FG
Niedersachsen	Bückeburg	I	3	FG
Niedersachsen	Buxtehude	I	4	
Niedersachsen	Celle	III	1	FG
Niedersachsen	Clausthal-Zellerf.	II	2	FG
Niedersachsen	Cuxhaven/Altenwalde	II	3	FG
Niedersachsen	Dannenberg/Elbe	III	2	FG
Niedersachsen	Delmenhorst	I	1	FG
Niedersachsen	Diepholz	I	4	FG
Niedersachsen	Dörverden	I	4	FG
Niedersachsen	Dünsen	I	4	FG
Niedersachsen	Ehra-Lessien	II	3	
Niedersachsen	Emden	III	1	FG

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Niedersachsen	Emsbüren	III	2	FG
Niedersachsen	Eydelstedt	I	4	FG
Niedersachsen	Faßberg	III	1	FG
Niedersachsen	Fürstenau	II	2	
Niedersachsen	Gersten	III	2	FG
Niedersachsen	Giesen	II	2	
Niedersachsen	Göttingen	II	2	FG
Niedersachsen	Großenkneten	I	4	FG
Niedersachsen	Hage	III	1	FG
Niedersachsen	Hambühren	III	1	FG
Niedersachsen	Hannover	I	1	
Niedersachsen	Hasbergen	II	2	
Niedersachsen	Hildesheim	II	2	
Niedersachsen	Hodenhagen	III	2	FG
Niedersachsen	Langenhagen	I	3	
Niedersachsen	Leer	III	1	FG
Niedersachsen	Leese	I	4	FG
Niedersachsen	Lingen/Ems	III	2	FG
Niedersachsen	Lohne	II	3	FG
Niedersachsen	Lüneburg	III	1	FG
Niedersachsen	Meppen	III	2	FG
Niedersachsen	Münden	II	2	FG
Niedersachsen	Munster	III	2	FG
Niedersachsen	Neustadt/Rübenberge	I	3	
Niedersachsen	Nienburg/Weser	I	4	FG
Niedersachsen	Norderney	III	1	FG
Niedersachsen	Nordholz	II	3	FG
Niedersachsen	Nordhorn	III	2	FG
Niedersachsen	Northeim	II	3	FG
Niedersachsen	Obernkirchen	I	3	FG
Niedersachsen	Oldenburg/Oldenburg	II	1	FG
Niedersachsen	Osnabrück	II	1	
Niedersachsen	Osterholz-Scharmb.	I	4	FG
Niedersachsen	Quakenbrück	II	2	
Niedersachsen	Rehburg-Loccum	I	4	FG
Niedersachsen	Rotenburg/Wümme	I	4	FG
Niedersachsen	Schiffdorf	II	3	FG
Niedersachsen	Schwanewede	I	4	FG
Niedersachsen	Stade	I	4	FG
Niedersachsen	Stadland	II	3	FG
Niedersachsen	Steyerberg	I	4	FG
Niedersachsen	Uchte	I	4	FG
Niedersachsen	Varel	II	2	FG
Niedersachsen	Vechta	II	3	FG
Niedersachsen	Verden/Aller	I	4	FG
Niedersachsen	Visselhoevede	I	4	FG
Niedersachsen	Wagenfeld	I	4	FG
Niedersachsen	Walsrode	III	2	FG
Niedersachsen	Wangerland	II	2	FG
Niedersachsen	Wangerooge	II	2	FG
Niedersachsen	Weener	III	1	FG
Niedersachsen	Werlte	III	2	FG
Niedersachsen	Wesendorf	II	3	
Niedersachsen	Westertimke	I	4	FG
Niedersachsen	Wildeshausen	I	4	FG
Niedersachsen	Wilhelmshaven	II	1	FG
Niedersachsen	Wittmund	II	3	FG
Niedersachsen	Wolfenbüttel	II	2	
Niedersachsen	Wunstorf	I	3	
Niedersachsen	Zetel	II	2	FG
Bremen	Bremen	I	1	FG
Bremen	Bremerhaven	II	1	FG

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Nordrhein-Westfalen	Aachen	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Ahaus	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Ahlen	II	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Bergisch Gladbach	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Bielefeld	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Bonn	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Borgentreich	II	3	FG
Nordrhein-Westfalen	Borken	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Datteln	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Detmold	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Dülmen	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Engelskirchen	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Ennigerloh	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Erkelenz	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Erwitte	III	1	
Nordrhein-Westfalen	Eschweiler	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Euskirchen	I	4	
Nordrhein-Westfalen	Goch	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Greven	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Grevenbroich	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Gronau/Westfalen	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Gütersloh	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Gummersbach	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Haltern	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Heiligenhaus	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Heinsberg	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Hemer	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Hennef Sieg	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Hilden	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Höxter	II	3	FG
Nordrhein-Westfalen	Holzwickede	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Hünxe	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Hürth	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Iserlohn	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Issum	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Jülich	I	3	FG
Nordrhein-Westfalen	Kerpen/Nörvenich	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Köln	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Königswinter	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Lennestadt	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Lippstadt	III	1	
Nordrhein-Westfalen	Marienheide	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Mechernich	I	4	
Nordrhein-Westfalen	Minden	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Möhnesee	III	1	
Nordrhein-Westfalen	Mönchengladbach	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Münster	II	1	
Nordrhein-Westfalen	Nettersheim	I	4	
Nordrhein-Westfalen	Ochtrup	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Olfen	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Paderborn	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Preußisch Oldenb.	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Recklinghausen	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Rheinbach	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Rheine	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Särbeck	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Selm	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Senden	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Sendenhorst	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Siegen	II	2	
Nordrhein-Westfalen	St. Augustin	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Steinfurt	II	2	

Bundesland	Standortgemeinde	Typ	Fördergebiet
Nordrhein-Westfalen	Unna	I 2	FG
Nordrhein-Westfalen	Waldbröl	I 3	
Nordrhein-Westfalen	Warburg	II 3	FG
Nordrhein-Westfalen	Warendorf	II 2	
Nordrhein-Westfalen	Wegberg	I 2	
Nordrhein-Westfalen	Wesel	I 2	FG
Nordrhein-Westfalen	Wuppertal	I 1	
Hessen	Arolsen	II 3	FG
Hessen	Baunatal	II 2	
Hessen	Burgwald	II 3	
Hessen	Dillenburg	II 2	
Hessen	Frankenberg (Eder)	II 3	FG
Hessen	Fritzlar	II 3	
Hessen	Fuldatal	II 2	
Hessen	Gersfeld	III 1	
Hessen	Gießen	II 2	
Hessen	Haiger	II 2	
Hessen	Hasselroth	I 3	
Hessen	Heidenrod	I 3	
Hessen	Herborn	II 2	
Hessen	Hess. Lichtenau	II 3	FG
Hessen	Hofgeismar	II 2	
Hessen	Homberg/Efze	II 3	
Hessen	Kassel	II 1	
Hessen	Limburg	II 2	
Hessen	Lorch	I 3	
Hessen	Marburg	II 2	
Hessen	Mengerskirchen	II 2	
Hessen	Münchhausen	II 2	
Hessen	Neustadt	II 2	
Hessen	Ober-Mörlen	I 3	
Hessen	Pfungstadt	I 2	
Hessen	Schöneck	I 3	
Hessen	Schwalmstadt	II 3	
Hessen	Sontra	II 3	FG
Hessen	Stadtallendorf	II 2	
Hessen	Waldsolms	II 2	
Hessen	Wetzlar	II 2	
Hessen	Wiesbaden	I 1	
Hessen	Wolfhagen	II 2	
Rheinland-Pfalz	Adenau	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Andernach	II 2	
Rheinland-Pfalz	Bad Bergzabern	II 2	FG
Rheinland-Pfalz	Bad Dürkheim	I 3	
Rheinland-Pfalz	Bendorf-Rhein	II 2	
Rheinland-Pfalz	Bengel	III 2	FG
Rheinland-Pfalz	Birkenfeld	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Bruchmühlb.-Miesau	II 2	
Rheinland-Pfalz	Buch	II 3	
Rheinland-Pfalz	Dachsenhausen	II 2	
Rheinland-Pfalz	Daun	III 2	FG
Rheinland-Pfalz	Diez	II 2	
Rheinland-Pfalz	Emmerzhausen	II 2	
Rheinland-Pfalz	Hahn	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Hermeskeil	III 1	FG
Rheinland-Pfalz	Hoppstädten-Weiers.	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Idar-Oberstein	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Koblenz	II 1	
Rheinland-Pfalz	Lahnstein	II 2	
Rheinland-Pfalz	Landau/Pfalz	II 2	FG
Rheinland-Pfalz	Mainz	II 1	
Rheinland-Pfalz	Montabaur	II 2	

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Rheinland-Pfalz	Neustadt/Weinstr.	I	1	
Rheinland-Pfalz	Neuwied	II	2	
Rheinland-Pfalz	Ohlweiler	II	3	
Rheinland-Pfalz	Remagen	II	3	
Rheinland-Pfalz	Rhaunen	II	3	FG
Rheinland-Pfalz	Rheinböllen	II	3	
Rheinland-Pfalz	Rohrbach	II	3	FG
Rheinland-Pfalz	Sobernheim	II	2	FG
Rheinland-Pfalz	Traben-Trarbach	III	2	FG
Rheinland-Pfalz	Trier	III	1	FG
Rheinland-Pfalz	Ulmen	II	3	FG
Rheinland-Pfalz	Wölferlingen	II	2	
Rheinland-Pfalz	Worms	II	2	
Rheinland-Pfalz	Wüschheim	II	3	
Rheinland-Pfalz	Zweibrücken	II	2	FG
Baden-Württemberg	Aalen	III	1	
Baden-Württemberg	Achern	II	2	
Baden-Württemberg	Bad Mergentheim	II	3	
Baden-Württemberg	Baden-Baden	I	1	
Baden-Württemberg	Biberach a.d. Risz	II	3	
Baden-Württemberg	Bietigheim-Bissing.	I	2	
Baden-Württemberg	Böblingen	I	2	
Baden-Württemberg	Bruchsal	I	2	
Baden-Württemberg	Calw	II	2	
Baden-Württemberg	Crailsheim	II	3	
Baden-Württemberg	Dornstadt	II	2	
Baden-Württemberg	Efringen-Kirchen	II	2	
Baden-Württemberg	Ellwangen Jagst	III	1	
Baden-Württemberg	Engstingen	II	2	
Baden-Württemberg	Eschbach/Bremgarten	II	2	
Baden-Württemberg	Esslingen/Neckar	I	2	
Baden-Württemberg	Freiburg im Breisg.	II	1	
Baden-Württemberg	Friedrichshafen	III	1	
Baden-Württemberg	Hechingen	II	2	
Baden-Württemberg	Heilbronn	II	1	
Baden-Württemberg	Hohentengen/Hochrh.	II	3	
Baden-Württemberg	Horb am Neckar	II	3	
Baden-Württemberg	Immendingen	III	1	
Baden-Württemberg	Karlsruhe	I	1	
Baden-Württemberg	Königsbronn	III	1	
Baden-Württemberg	Konstanz	II	2	
Baden-Württemberg	Kraichtal	I	2	
Baden-Württemberg	Külsheim	II	3	
Baden-Württemberg	Lauda	II	3	
Baden-Württemberg	Leutkirch/Allgäu	III	1	
Baden-Württemberg	Ludwigsburg	I	2	
Baden-Württemberg	Mannheim	I	1	
Baden-Württemberg	Muggensturm	I	3	
Baden-Württemberg	Nagold	II	2	
Baden-Württemberg	Neuhausen ob Eck	III	1	
Baden-Württemberg	Niederstetten	II	3	
Baden-Württemberg	Oberwolfach	II	2	
Baden-Württemberg	Oppenau	II	2	
Baden-Württemberg	Pforzheim	II	1	
Baden-Württemberg	Pfullendorf	III	2	
Baden-Württemberg	Philippsburg	I	2	
Baden-Württemberg	Rainau	III	1	
Baden-Württemberg	Rastatt	I	3	
Baden-Württemberg	Reutlingen	II	2	
Baden-Württemberg	Riedlingen	II	3	
Baden-Württemberg	Schwäbisch Gmünd	III	1	
Baden-Württemberg	Sigmaringen	III	2	

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Baden-Württemberg	Stetten/Kalter Markt	III	2	
Baden-Württemberg	Stuttgart	I	1	
Baden-Württemberg	Tauberbischofsheim	II	3	
Baden-Württemberg	Todtnau	II	2	
Baden-Württemberg	Ulm	II	1	
Baden-Württemberg	Waghäusel	I	2	
Baden-Württemberg	Waldshut-Tiengen	II	3	
Baden-Württemberg	Walldürn	I	4	
Baden-Württemberg	Weingarten	III	1	
Baden-Württemberg	Wildbad/Schwarzwald	II	2	
Bayern	Aichach	II	2	
Bayern	Altenstadt	III	2	
Bayern	Alzenau	II	2	
Bayern	Amberg	III	2	FG
Bayern	Ansbach	III	2	
Bayern	Aschaffenburg	II	2	
Bayern	Augsburg	II	1	
Bayern	Bad Aibling	III	1	
Bayern	Bad Reichenhall	III	2	FG
Bayern	Bamberg	III	1	
Bayern	Bayreuth	III	1	
Bayern	Bogen	III	2	FG
Bayern	Breitengüßbach	III	1	
Bayern	Bruckmühl	III	1	
Bayern	Burglengenfeld	III	2	FG
Bayern	Deggendorf	III	2	FG
Bayern	Dillingen a.d. Donau	II	3	
Bayern	Donauwörth	II	3	
Bayern	Ebern	III	2	FG
Bayern	Eggenfelden	III	2	FG
Bayern	Feldafing	I	3	
Bayern	Feldkirchen	III	2	FG
Bayern	Freising	I	3	
Bayern	Freyung	III	2	FG
Bayern	Fürstenfeldbruck	I	2	
Bayern	Fürth	I	1	
Bayern	Garching/München	I	2	
Bayern	Garmisch-Partenk.	III	2	FG
Bayern	Giebelstadt	II	2	
Bayern	Günzburg	II	3	
Bayern	Hammelburg	III	2	FG
Bayern	Heideck	I	4	
Bayern	Heidenheim	III	2	
Bayern	Hemau	II	2	
Bayern	Hohenbrunn	I	2	
Bayern	Ingolstadt	III	1	
Bayern	Kaufbeuren	III	2	
Bayern	Kempten	III	1	
Bayern	Kirchham	III	1	FG
Bayern	Kirchseeon	I	3	
Bayern	Kötzting	II	3	FG
Bayern	Krailling	I	3	
Bayern	Kümmersbruck	III	2	FG
Bayern	Landsberg/Lech	I	4	
Bayern	Landshut	III	1	
Bayern	Langquaid	II	3	
Bayern	Lauingen/Donau	II	3	
Bayern	Leipheim	II	3	
Bayern	Lenggries	III	2	
Bayern	Manching	III	1	
Bayern	Memmingerberg	II	3	
Bayern	Mittenwald	III	2	FG

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Bayern	München	I	1	
Bayern	Murnau	III	2	FG
Bayern	Naila	III	1	FG
Bayern	Neubiberg	I	2	
Bayern	Neuburg/Donau	III	1	
Bayern	Neunburg vorm Wald	III	2	FG
Bayern	Nürnberg	I	1	
Bayern	Oberhausen	III	1	
Bayern	Ottobrunn	I	2	
Bayern	Parsberg	II	3	
Bayern	Passau	III	1	FG
Bayern	Peiting	III	2	
Bayern	Pfofeld	III	2	
Bayern	Pfreimd	III	2	FG
Bayern	Pöcking	I	3	
Bayern	Regensburg	II	1	
Bayern	Rimpar	II	2	
Bayern	Roding	II	3	FG
Bayern	Rottenburg	III	1	
Bayern	Scheyern	III	1	
Bayern	Sigmarszell	III	1	
Bayern	Sonthofen	III	1	
Bayern	Traunstein	III	2	
Bayern	Veitshöchheim	II	2	
Bayern	Volkach	II	3	
Bayern	Weiden i.d. Opf.	III	2	FG
Bayern	Weißenhorn	II	2	
Bayern	Würzburg	II	1	
Bayern	Wunsiedel	III	2	FG
Saarland	Bexbach	I	2	FG
Saarland	Kirkel	I	2	FG
Saarland	Lebach	I	2	FG
Saarland	Merzig	I	3	FG
Saarland	Perl	I	3	FG
Saarland	Saarbrücken	I	2	FG
Saarland	Sankt Ingbert	I	2	FG
Saarland	Sankt Wendel	I	3	FG

Tabelle 1:

Gemeinden, in denen Standorte der Bundeswehr reduziert oder aufgelöst werden (nach Ende 1994)

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Schleswig-Holstein	Bargum	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Boostedt	I	3	
Schleswig-Holstein	Burg auf Fehmarn	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Eckernförde	II	3	FG
Schleswig-Holstein	Eggebeck/Tarp	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Elmenhorst	I	4	FG
Schleswig-Holstein	Eutin	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Flensburg	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Glinde	I	3	
Schleswig-Holstein	Glücksburg	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Glückstadt	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Großenbrode	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Helgoland	I	2	FG
Schleswig-Holstein	Hörnum/Sylt	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Husum	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Itzehoe	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Jardelund	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Kappeln	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Kellinghusen	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Kiel	II	1	FG
Schleswig-Holstein	Klein Wittensee	II	3	FG
Schleswig-Holstein	Kropp	III	1	FG
Schleswig-Holstein	List/Sylt	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Lübeck	II	1	FG
Schleswig-Holstein	Neumünster	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Neustadt/Holstein	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Nieby	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Panker	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Pinneberg	I	2	
Schleswig-Holstein	Plön	II	2	FG
Schleswig-Holstein	Rendsburg	II	3	FG
Schleswig-Holstein	Schacht-Audorf	II	3	FG
Schleswig-Holstein	Schleswig	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Seeth	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Silberstedt	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Stadum (Leck)	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Süderbrarup	III	1	FG
Schleswig-Holstein	Süderlügum	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Tönning	III	2	FG
Schleswig-Holstein	Wentorf/Hamburg	I	4	FG
Hamburg	Hamburg	I	1	
Niedersachsen	Achim	II	2	
Niedersachsen	Axstedt	I	4	FG
Niedersachsen	Bad Rothenfelde	II	2	
Niedersachsen	Bohmte	II	2	
Niedersachsen	Borkum	III	1	FG
Niedersachsen	Brake	II	3	FG
Niedersachsen	Braunschweig	II	1	
Niedersachsen	Bremervörde	I	4	FG
Niedersachsen	Bückeburg	I	3	FG
Niedersachsen	Buxtehude	I	4	
Niedersachsen	Celle	III	1	FG
Niedersachsen	Clausthal-Zellerf.	II	2	FG
Niedersachsen	Cuxhaven/Altenwalde	II	3	FG
Niedersachsen	Delmenhorst	I	1	FG
Niedersachsen	Diepholz	I	4	FG
Niedersachsen	Dörverden	I	4	FG
Niedersachsen	Dünsen	I	4	FG

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Niedersachsen	Ehra-Lessien	II	3	
Niedersachsen	Elsfleth	II	3	FG
Niedersachsen	Emden	III	1	FG
Niedersachsen	Emsbüren	III	2	FG
Niedersachsen	Eydelstedt	I	4	FG
Niedersachsen	Faßberg	III	1	FG
Niedersachsen	Fürstenau	II	2	
Niedersachsen	Gersten	III	2	FG
Niedersachsen	Giesen	II	2	
Niedersachsen	Göttingen	II	2	FG
Niedersachsen	Großenkneten	I	4	FG
Niedersachsen	Hage	III	1	FG
Niedersachsen	Hambühren	III	1	FG
Niedersachsen	Hannover	I	1	
Niedersachsen	Hasbergen	II	2	
Niedersachsen	Hildesheim	II	2	
Niedersachsen	Hodenhagen	III	2	FG
Niedersachsen	Holdorf	II	3	
Niedersachsen	Langenhagen	I	3	
Niedersachsen	Leer	III	1	FG
Niedersachsen	Leese	I	4	FG
Niedersachsen	Lingen/Ems	III	2	FG
Niedersachsen	Lohne	II	3	FG
Niedersachsen	Lüneburg	III	1	FG
Niedersachsen	Meppen	III	2	FG
Niedersachsen	Münden	II	2	FG
Niedersachsen	Munster	III	2	FG
Niedersachsen	Neustadt/Rübenberge	I	3	
Niedersachsen	Nienburg/Weser	I	4	FG
Niedersachsen	Norderney	III	1	FG
Niedersachsen	Nordhorn	III	2	FG
Niedersachsen	Northeim	II	3	FG
Niedersachsen	Obernkirchen	I	3	FG
Niedersachsen	Oldenburg/Oldenburg	II	1	FG
Niedersachsen	Osnabrück	II	1	
Niedersachsen	Osterholz-Scharmb.	I	4	FG
Niedersachsen	Quakenbrück	II	2	
Niedersachsen	Rehburg-Loccum	I	4	FG
Niedersachsen	Rotenburg/Wümme	I	4	FG
Niedersachsen	Schiffdorf	II	3	FG
Niedersachsen	Schwanewede	I	4	FG
Niedersachsen	Stade	I	4	FG
Niedersachsen	Stadland	II	3	FG
Niedersachsen	Steyerberg	I	4	FG
Niedersachsen	Uchte	I	4	FG
Niedersachsen	Varel	II	2	FG
Niedersachsen	Vechta	II	3	FG
Niedersachsen	Verden/Aller	I	4	FG
Niedersachsen	Visselhoevede	I	4	FG
Niedersachsen	Wagenfeld	I	4	FG
Niedersachsen	Walsrode	III	2	FG
Niedersachsen	Wangerland	II	2	FG
Niedersachsen	Wangerooge	II	2	FG
Niedersachsen	Weener	III	1	FG
Niedersachsen	Werlte	III	2	FG
Niedersachsen	Wesendorf	II	3	
Niedersachsen	Westertimke	I	4	FG
Niedersachsen	Wiesmoor	III	1	FG
Niedersachsen	Wildeshausen	I	4	FG
Niedersachsen	Wilhelmshaven	II	1	FG
Niedersachsen	Wittmund	II	3	FG
Niedersachsen	Wolfenbüttel	II	2	

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Niedersachsen	Wunstorf	I	3	
Niedersachsen	Zetel	II	2	FG
Bremen	Bremen	I	1	FG
Bremen	Bremerhaven	II	1	FG
Nordrhein-Westfalen	Aachen	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Ahaus	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Ahlen	II	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Bergisch Gladbach	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Bielefeld	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Bonn	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Borgentreich	II	3	FG
Nordrhein-Westfalen	Borken	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Datteln	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Detmold	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Dülmen	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Engelskirchen	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Ennigerloh	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Erkelenz	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Erwitte	III	1	
Nordrhein-Westfalen	Eschweiler	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Euskirchen	I	4	
Nordrhein-Westfalen	Goch	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Greven	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Grevenbroich	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Gronau/Westfalen	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Gütersloh	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Gummersbach	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Haltern	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Heiligenhaus	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Heinsberg	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Hemer	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Hennef Sieg	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Hilden	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Höxter	II	3	FG
Nordrhein-Westfalen	Holzwickede	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Hünxe	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Hürth	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Iserlohn	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Issum	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Jülich	I	3	FG
Nordrhein-Westfalen	Kerpen/Nörvenich	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Köln	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Königswinter	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Lennestadt	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Lippstadt	III	1	
Nordrhein-Westfalen	Marienheide	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Mechernich	I	4	
Nordrhein-Westfalen	Minden	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Möhnesee	III	1	
Nordrhein-Westfalen	Mönchengladbach	I	1	
Nordrhein-Westfalen	Münster	II	1	
Nordrhein-Westfalen	Nettersheim	I	4	
Nordrhein-Westfalen	Niederkrüchten	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Ochtrup	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Olfen	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Paderborn	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Preußisch Oldend.	I	3	
Nordrhein-Westfalen	Recklinghausen	I	2	FG
Nordrhein-Westfalen	Rheinbach	I	2	
Nordrhein-Westfalen	Rheine	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Särbeck	II	2	
Nordrhein-Westfalen	Selm	I	2	FG

Bundesland	Standortgemeinde	Typ	Fördergebiet
Nordrhein-Westfalen	Senden	II 2	
Nordrhein-Westfalen	Sendenhorst	II 2	
Nordrhein-Westfalen	Siegen	II 2	
Nordrhein-Westfalen	St. Augustin	I 2	
Nordrhein-Westfalen	Steinfurt	II 2	
Nordrhein-Westfalen	Unna	I 2	FG
Nordrhein-Westfalen	Waldbröl	I 3	
Nordrhein-Westfalen	Warburg	II 3	FG
Nordrhein-Westfalen	Warendorf	II 2	
Nordrhein-Westfalen	Wegberg	I 2	
Nordrhein-Westfalen	Wesel	I 2	FG
Nordrhein-Westfalen	Wuppertal	I 1	
Hessen	Arolsen	II 3	FG
Hessen	Baunatal	II 2	
Hessen	Burgwald	II 3	
Hessen	Dillenburg	II 2	
Hessen	Frankenberg (Eder)	II 3	FG
Hessen	Fritzlar	II 3	
Hessen	Fuldatal	II 2	
Hessen	Gersfeld	III 1	
Hessen	Gießen	II 2	
Hessen	Haiger	II 2	
Hessen	Hasselroth	I 3	
Hessen	Heidenrod	I 3	
Hessen	Herborn	II 2	
Hessen	Hess. Lichtenau	II 3	FG
Hessen	Hofgeismar	II 2	
Hessen	Homberg/Efze	II 3	
Hessen	Kassel	II 1	
Hessen	Limburg	II 2	
Hessen	Lorch	I 3	
Hessen	Marburg	II 2	
Hessen	Mengerskirchen	II 2	
Hessen	Münchhausen	II 2	
Hessen	Neustadt	II 2	
Hessen	Ober-Mörlen	I 3	
Hessen	Pfungstadt	I 2	
Hessen	Schöneck	I 3	
Hessen	Schwalmstadt	II 3	
Hessen	Sontra	II 3	FG
Hessen	Stadtallendorf	II 2	
Hessen	Waldsolms	II 2	
Hessen	Wetzlar	II 2	
Hessen	Wiesbaden	I 1	
Hessen	Wolfhagen	II 2	
Rheinland-Pfalz	Adenau	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Andernach	II 2	
Rheinland-Pfalz	Bad Bergzabern	II 2	FG
Rheinland-Pfalz	Bad Dürkheim	I 3	
Rheinland-Pfalz	Bendorf-Rhein	II 2	
Rheinland-Pfalz	Bengel	III 2	FG
Rheinland-Pfalz	Birkenfeld	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Bruchmühlb.-Miesau	II 2	
Rheinland-Pfalz	Buch	II 3	
Rheinland-Pfalz	Dachsenhausen	II 2	
Rheinland-Pfalz	Daun	III 2	FG
Rheinland-Pfalz	Diez	II 2	
Rheinland-Pfalz	Emmerzhausen	II 2	
Rheinland-Pfalz	Hahn	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Hermeskeil	III 1	FG
Rheinland-Pfalz	Hoppstädten-Weiers.	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Idar-Oberstein	II 3	FG

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Rheinland-Pfalz	Koblenz	II	1	
Rheinland-Pfalz	Lahnstein	II	2	
Rheinland-Pfalz	Landau/Pfalz	II	2	FG
Rheinland-Pfalz	Lemberg	II	2	FG
Rheinland-Pfalz	Mainz	II	1	
Rheinland-Pfalz	Montabaur	II	2	
Rheinland-Pfalz	Nachtsheim	II	2	
Rheinland-Pfalz	Neustadt/Weinstr.	I	1	
Rheinland-Pfalz	Neuwied	II	2	
Rheinland-Pfalz	Ohlweiler	II	3	
Rheinland-Pfalz	Remagen	II	3	
Rheinland-Pfalz	Rhaunen	II	3	FG
Rheinland-Pfalz	Rheinböllen	II	3	
Rheinland-Pfalz	Rohrbach	II	3	FG
Rheinland-Pfalz	Sobernheim	II	2	FG
Rheinland-Pfalz	Traben-Trarbach	III	2	FG
Rheinland-Pfalz	Trier	III	1	FG
Rheinland-Pfalz	Ulmen	II	3	FG
Rheinland-Pfalz	Weitersbach	II	3	FG
Rheinland-Pfalz	Wölferlingen	II	2	
Rheinland-Pfalz	Worms	II	2	
Rheinland-Pfalz	Wüschheim	II	3	
Rheinland-Pfalz	Zweibrücken	II	2	FG
Baden-Württemberg	Aalen	III	1	
Baden-Württemberg	Achern	II	2	
Baden-Württemberg	Amstetten	II	2	
Baden-Württemberg	Bad Mergentheim	II	3	
Baden-Württemberg	Baden-Baden	I	1	
Baden-Württemberg	Biberach a.d. Risz	II	3	
Baden-Württemberg	Bietigheim-Bissing.	I	2	
Baden-Württemberg	Böblingen	I	2	
Baden-Württemberg	Bruchsal	I	2	
Baden-Württemberg	Bühlerzell	II	3	
Baden-Württemberg	Calw	II	2	
Baden-Württemberg	Crailsheim	II	3	
Baden-Württemberg	Dornstadt	II	2	
Baden-Württemberg	Efringen-Kirchen	II	2	
Baden-Württemberg	Ellwangen Jagst	III	1	
Baden-Württemberg	Engstingen	II	2	
Baden-Württemberg	Eschbach/Bremgarten	II	2	
Baden-Württemberg	Esslingen/Neckar	I	2	
Baden-Württemberg	Freiburg im Breisg.	II	1	
Baden-Württemberg	Friedrichshafen	III	1	
Baden-Württemberg	Hechingen	II	2	
Baden-Württemberg	Heilbronn	II	1	
Baden-Württemberg	Hohentengen/Hochrh.	II	3	
Baden-Württemberg	Horb am Neckar	II	3	
Baden-Württemberg	Immendingen	III	1	
Baden-Württemberg	Karlsruhe	I	1	
Baden-Württemberg	Königsbronn	III	1	
Baden-Württemberg	Konstanz	II	2	
Baden-Württemberg	Kraichtal	I	2	
Baden-Württemberg	Külsheim	II	3	
Baden-Württemberg	Lauda	II	3	
Baden-Württemberg	Leutkirch/Allgäu	III	1	
Baden-Württemberg	Ludwigsburg	I	2	
Baden-Württemberg	Mannheim	I	1	
Baden-Württemberg	Maulbronn	II	2	
Baden-Württemberg	Muggensturm	I	3	
Baden-Württemberg	Nagold	II	2	
Baden-Württemberg	Neuhausen ob Eck	III	1	
Baden-Württemberg	Niederstetten	II	3	

Bundesland	Standortgemeinde	Typ	Fördergebiet
Baden-Württemberg	Oberwolfach	II 2	
Baden-Württemberg	Oppenau	II 2	
Baden-Württemberg	Pforzheim	II 1	
Baden-Württemberg	Pfullendorf	III 2	
Baden-Württemberg	Philippsburg	I 2	
Baden-Württemberg	Rainau	III 1	
Baden-Württemberg	Rastatt	I 3	
Baden-Württemberg	Reutlingen	II 2	
Baden-Württemberg	Riedlingen	II 3	
Baden-Württemberg	Schwäbisch Gmünd	III 1	
Baden-Württemberg	Sigmaringen	III 2	
Baden-Württemberg	Simmersfeld	II 2	
Baden-Württemberg	Spaichingen	III 1	
Baden-Württemberg	Stetten/Kalter Markt	III 2	
Baden-Württemberg	Stuttgart	I 1	
Baden-Württemberg	Tauberbischofsheim	II 3	
Baden-Württemberg	Todtnau	II 2	
Baden-Württemberg	Ulm	II 1	
Baden-Württemberg	Waghäusel	I 2	
Baden-Württemberg	Waldshut-Tiengen	II 3	
Baden-Württemberg	Walldürn	I 4	
Baden-Württemberg	Weingarten	III 1	
Baden-Württemberg	Wildbad/Schwarzwald	II 2	
Bayern	Aichach	II 2	
Bayern	Altenstadt	III 2	
Bayern	Alzenau	II 2	
Bayern	Amberg	III 2	FG
Bayern	Ansbach	III 2	
Bayern	Aschaffenburg	II 2	
Bayern	Augsburg	II 1	
Bayern	Bad Aibling	III 1	
Bayern	Bad Reichenhall	III 2	FG
Bayern	Bamberg	III 1	
Bayern	Bayreuth	III 1	
Bayern	Bechhofen	III 2	
Bayern	Bogen	III 2	FG
Bayern	Breitengüssbach	III 1	
Bayern	Bruckmühl	III 1	
Bayern	Burglengenfeld	III 2	FG
Bayern	Deggendorf	III 2	FG
Bayern	Dillingen a.d. Donau	II 3	
Bayern	Donauwörth	II 3	
Bayern	Ebern	III 2	FG
Bayern	Eggenfelden	III 2	FG
Bayern	Feldafing	I 3	
Bayern	Feldkirchen	III 2	FG
Bayern	Freising	I 3	
Bayern	Freyung	III 2	FG
Bayern	Fürstenfeldbruck	I 2	
Bayern	Fürth	I 1	
Bayern	Garching/München	I 2	
Bayern	Garmisch-Partenk.	III 2	FG
Bayern	Giebelstadt	II 2	
Bayern	Günzburg	II 3	
Bayern	Hammelburg	III 2	FG
Bayern	Heideck	I 4	
Bayern	Heidenheim	III 2	
Bayern	Hemau	II 2	
Bayern	Hohenbrunn	I 2	
Bayern	Ingolstadt	III 1	
Bayern	Kaufbeuren	III 2	
Bayern	Kempten	III 1	

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Bayern	Kirchham	III	1	FG
Bayern	Kirchseeon	I	3	
Bayern	Kötzting	II	3	FG
Bayern	Krailling	I	3	
Bayern	Kümmersbruck	III	2	FG
Bayern	Landsberg/Lech	I	4	
Bayern	Landshut	III	1	
Bayern	Langquaid	II	3	
Bayern	Lauingen/Donau	II	3	
Bayern	Leipheim	II	3	
Bayern	Lenggries	III	2	
Bayern	Manching	III	1	
Bayern	Memmingerberg	II	3	
Bayern	Mittenwald	III	2	FG
Bayern	München	I	1	
Bayern	Murnau	III	2	FG
Bayern	Naila	III	1	FG
Bayern	Neubiberg	I	2	
Bayern	Neuburg/Donau	III	1	
Bayern	Neunburg vorm Wald	III	2	FG
Bayern	Nürnberg	I	1	
Bayern	Oberhausen	III	1	
Bayern	Ottobrunn	I	2	
Bayern	Parsberg	II	3	
Bayern	Passau	III	1	FG
Bayern	Peiting	III	2	
Bayern	Pfofeld	III	2	
Bayern	Pfreimd	III	2	FG
Bayern	Pöcking	I	3	
Bayern	Regensburg	II	1	
Bayern	Rimpar	II	2	
Bayern	Roding	II	3	FG
Bayern	Rottenburg	III	1	
Bayern	Scheyern	III	1	
Bayern	Sigmarszell	III	1	
Bayern	Sontheim	II	3	
Bayern	Sonthofen	III	1	
Bayern	Traunstein	III	2	
Bayern	Veitshöchheim	II	2	
Bayern	Volkach	II	3	
Bayern	Weiden i.d. Opf	III	2	FG
Bayern	Weißenhorn	II	2	
Bayern	Würzburg	II	1	
Bayern	Wunsiedel	III	2	FG
Saarland	Bexbach	I	2	FG
Saarland	Kirkel	I	2	FG
Saarland	Lebach	I	2	FG
Saarland	Merzig	I	3	FG
Saarland	Perl	I	3	FG
Saarland	Saarbrücken	I	2	FG
Saarland	Sankt Ingbert	I	2	FG
Saarland	Sankt Wendel	I	3	FG

Tabelle 2:

Bundeswehrstandorte in den neuen Bundesländern

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Berlin	Berlin (Ost), Stadt	I	1	FG
Brandenburg	Bad Freienwalde	III	2	FG
Brandenburg	Bad Saarow-Pieskow	I	4	FG
Brandenburg	Badingen	III	2	FG
Brandenburg	Beelitz, Stadt	I	4	FG
Brandenburg	Biebersdorf	III	2	FG
Brandenburg	Blankenburg	III	2	FG
Brandenburg	Blankenfelde	I	4	FG
Brandenburg	Brandenburg/Havel, Stadt	III	1	FG
Brandenburg	Briest	III	1	FG
Brandenburg	Brück, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Cottbus, Stadt	II	1	FG
Brandenburg	Damsdorf	III	1	FG
Brandenburg	Doberlug-Kirchhain, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Döbern, Stadt	II	3	FG
Brandenburg	Eberwalde-Finow, Stadt	III	1	FG
Brandenburg	Eggersdorf	I	4	FG
Brandenburg	Finsterwalde, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Forst/Lausitz, Stadt	II	3	FG
Brandenburg	Frankfurt/Oder, Stadt	III	1	FG
Brandenburg	Fürstenwalde/Spree, Stadt	I	4	FG
Brandenburg	Geltow	I	4	FG
Brandenburg	Heinersdorf	I	4	FG
Brandenburg	Holzdorf			FG
Brandenburg	Krugau	III	2	FG
Brandenburg	Ladeburg	I	4	FG
Brandenburg	Lehnin	III	1	FG
Brandenburg	Lehnitz	I	3	FG
Brandenburg	Leuthen	II	2	FG
Brandenburg	Limsdorf	III	2	FG
Brandenburg	Luckenwalde, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Lübben/Spreewald, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Nauen	I	4	FG
Brandenburg	Neuruppin, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Neuseddin	I	4	FG
Brandenburg	Niederlehme	I	4	FG
Brandenburg	Perleberg, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Potsdam, Stadt	I	1	FG
Brandenburg	Prenzlau, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Preschen	II	3	FG
Brandenburg	Pritzwalk, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Spechthausen	III	1	FG
Brandenburg	Spremberg, Stadt	II	3	FG
Brandenburg	Storkow, Stadt	III	2	FG
Brandenburg	Strausberg, Stadt	I	4	FG
Brandenburg	Temmen	III	2	FG
Brandenburg	Wilmersdorf	III	1	FG
Brandenburg	Wolfsruh	III	2	FG
Brandenburg	Wollenberg-Wölsickendorf	III	2	FG
Brandenburg	Wusterwitz	III	1	FG
Brandenburg	Züllsdorf	III	2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Alt Rehse	III	2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Bad Doberan, Stadt	II	3	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Basepohl (Stavenh.-Reuters)	III	2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Böhlendorf	II	3	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Cammin	II	2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Cölpin	III	1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Dabel	III	2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Demen	III	1	FG

Bundesland	Standortgemeinde	Typ	Fördergebiet
Mecklenburg-Vorpommern	Demmin, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Dranske	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Drögeheide (Eggesin)	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Eggesin, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Elmenhorst	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Goldberg, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Greifswald, Stadt	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Güstrow, Stadt	II 3	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Gützkow, Stadt	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Hagenow, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Karow	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Karpin (Karnin)	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Laage	II 3	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Lübtheen, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Marlow, Stadt	II 3	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Neubrandenburg, Stadt	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Neustadt-Glewe, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Parchim, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Parow (Stralsund, Stadt)	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Pasewalk, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Peenemünde	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Putgarten	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Rechlin	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Rostock, Stadt	II 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Sanitz	II 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin, Stadt	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Seltz (Gültz)	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Spechtberg (Eggesin)	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Stallberg (Eggesin)	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Sternbuchholz		FG
Mecklenburg-Vorpommern	Stralsund, Stadt	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Thurow-Rödlin	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Trollenhagen	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Ückermünde, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Utzedel	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Waren/Müritz, Stadt	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Warnemünde (Rostock, Stadt)	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Wendorf	III 2	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Wismar, Stadt	III 1	FG
Mecklenburg-Vorpommern	Zingst, Ostseebad	II 3	FG
Sachsen	Bad Düben, Stadt	I 4	FG
Sachsen	Bautzen, Stadt	II 2	FG
Sachsen	Chemnitz, Stadt	I 1	FG
Sachsen	Dauban		FG
Sachsen	Delitzsch, Stadt	I 4	FG
Sachsen	Dresden, Stadt	I 1	FG
Sachsen	Elsnig	I 4	FG
Sachsen	Frankenberg, Stadt	I 3	FG
Sachsen	Grimma, Stadt	I 4	FG
Sachsen	Holzhausen	I 2	FG
Sachsen	Hoyerswerda, Stadt	II 2	FG
Sachsen	Königsbrück, Stadt	II 3	FG
Sachsen	Leipzig, Stadt	I 1	FG
Sachsen	Lindhardt	II 3	FG
Sachsen	Lohmen	I 4	FG
Sachsen	Marienberg, Stadt	I 4	FG
Sachsen	Meissen, Stadt	I 3	FG
Sachsen	Mockrehna	I 4	FG
Sachsen	Pirna	I 3	FG
Sachsen	Plauen, Stadt	I 1	FG
Sachsen	Rochlitz, Stadt	I 3	FG
Sachsen	Schneeberg, Stadt	I 2	FG

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Sachsen	Weißkeißel	II	3	FG
Sachsen	Werdau, Stadt	I	2	FG
Sachsen	Zeithain	I	3	FG
Sachsen	Zodel	II	2	FG
Sachsen	Zwickau, Stadt	I	1	FG
Sachsen-Anhalt	Aschersleben	I	3	FG
Sachsen-Anhalt	Brettin	III	2	FG
Sachsen-Anhalt	Burg	II	3	FG
Sachsen-Anhalt	Dessau, Stadt	II	1	FG
Sachsen-Anhalt	Gardelegen, Stadt	III	2	FG
Sachsen-Anhalt	Gleina	I	4	FG
Sachsen-Anhalt	Halberstadt, Stadt	II	3	FG
Sachsen-Anhalt	Halle	I	1	FG
Sachsen-Anhalt	Havelberg, Stadt	III	2	FG
Sachsen-Anhalt	Hohenmölsen, Stadt	I	3	FG
Sachsen-Anhalt	Jessen, Stadt	II	3	FG
Sachsen-Anhalt	Klietz	III	2	FG
Sachsen-Anhalt	Magdeburg, Stadt	II	1	FG
Sachsen-Anhalt	Nitzow	III	2	FG
Sachsen-Anhalt	Prettin, Stadt	II	3	FG
Sachsen-Anhalt	Querfurt, Stadt	I	4	FG
Sachsen-Anhalt	Rosslau, Stadt	II	3	FG
Sachsen-Anhalt	Sangerhausen, Stadt	I	4	FG
Sachsen-Anhalt	Stendal, Stadt	III	1	FG
Sachsen-Anhalt	Weißenfels, Stadt	I	3	FG
Sachsen-Anhalt	Wittenberg, Stadt	II	2	FG
Sachsen-Anhalt	Wolmirstedt, Stadt	II	3	FG
Thüringen	Altenburg, Stadt	II	2	FG
Thüringen	Bad Frankenhausen	III	2	FG
Thüringen	Bad Salzungen, Stadt	II	3	FG
Thüringen	Erfurt, Stadt	II	1	FG
Thüringen	Gera	II	1	FG
Thüringen	Gotha	II	2	FG
Thüringen	Jena	II	1	FG
Thüringen	Mühlhausen	III	1	FG
Thüringen	Neuhaus a. Rennweg, Stadt	II	3	FG
Thüringen	Oberhof, Stadt	II	2	FG
Thüringen	Rothenstein	II	2	FG
Thüringen	Saalfeld/Saale, Stadt	II	2	FG
Thüringen	Sondershausen, Stadt	III	2	FG
Thüringen	Sprötau	II	3	FG
Thüringen	Suhl	II	2	FG
Thüringen	Weberstedt	II	3	FG
Thüringen	Weimar, Stadt	II	2	FG

Tabelle 3:

Gemeinden, in denen Standorte der Gaststreitkräfte reduziert oder aufgelöst werden

Bundesland	Standortgemeinde	Typ	Fördergebiet
Niedersachsen	Cuxhaven	II 3	FG
Niedersachsen	Groß Gusborn (Gusborn)	III 2	FG
Niedersachsen	Helmstedt	II 2	FG
Niedersachsen	Hess. Oldendorf	II 2	FG
Niedersachsen	Osterheide	III 2	FG
Nordrhein-Westfalen	Aachen	I 1	
Nordrhein-Westfalen	Arnsberg	III 2	
Nordrhein-Westfalen	Bergisch-Gladbach	I 2	
Nordrhein-Westfalen	Brakel	II 3	
Nordrhein-Westfalen	Düren	I 3	
Nordrhein-Westfalen	Grevenbroich	I 2	
Nordrhein-Westfalen	Hamm	I 1	FG
Nordrhein-Westfalen	Köln	I 1	
Nordrhein-Westfalen	Krefeld	I 1	
Nordrhein-Westfalen	Lüdenscheid	I 2	
Nordrhein-Westfalen	Mönchengladbach	I 1	
Nordrhein-Westfalen	Probsteierwald		
Nordrhein-Westfalen	Recklinghausen	I 2	FG
Nordrhein-Westfalen	Rheinberg/Niederrh.	I 2	FG
Nordrhein-Westfalen	Schwelentrup		
Nordrhein-Westfalen	Siegen	II 2	
Nordrhein-Westfalen	Soest	III 1	
Nordrhein-Westfalen	Viersen	I 2	
Nordrhein-Westfalen	Werl	III 1	
Nordrhein-Westfalen	Westhoven		
Nordrhein-Westfalen	Willich	I 2	
Hessen	Arolsen	II 3	FG
Hessen	Bad Nauheim	I 3	
Hessen	Butzbach	I 3	
Hessen	Darmstadt	I 1	
Hessen	Flechtdorf (Diemelsee)	II 3	FG
Hessen	Frankfurt/Main	I 1	
Hessen	Friedberg-Ockstadt	I 3	
Hessen	Fulda	III 1	
Hessen	Gelnhausen	I 3	
Hessen	Gießen	II 2	
Hessen	Hanau	I 3	
Hessen	Korbach	II 3	FG
Hessen	Oberursel	I 2	
Hessen	Rhoden-Quast (Diemelstadt)	II 3	FG
Hessen	Wiesbaden	I 1	
Rheinland-Pfalz	Clausen	II 2	FG
Rheinland-Pfalz	Eppelsheim	II 2	
Rheinland-Pfalz	Idar-Oberstein	II 3	FG
Rheinland-Pfalz	Kaiserslautern	II 1	
Rheinland-Pfalz	Kriegsfeld	II 3	
Rheinland-Pfalz	Landau in der Pfalz	II 2	FG
Rheinland-Pfalz	Mainz	II 1	
Rheinland-Pfalz	Maßweiler	II 2	FG
Rheinland-Pfalz	Neustadt a.d. Weinstr.	I 1	
Rheinland-Pfalz	Saarburg	III 1	FG
Rheinland-Pfalz	Sembach	II 2	
Rheinland-Pfalz	Wittlich	III 2	FG
Rheinland-Pfalz	Zweibrücken	II 2	FG
Baden-Württemberg	Baden-Söllingen (Pfinztal)	I 2	
Baden-Württemberg	Baiersbronn	II 3	
Baden-Württemberg	Böblingen	I 2	
Baden-Württemberg	Bremgarten-Eschbach (Müll)	II 2	
Baden-Württemberg	Dallau (Elztal)	I 4	

Bundesland	Standortgemeinde	Typ		Fördergebiet
Baden-Württemberg	Denzlingen	II	2	
Baden-Württemberg	Esslingen	I	2	
Baden-Württemberg	Ettlingen	I	2	
Baden-Württemberg	Freiburg	II	1	
Baden-Württemberg	Friedrichshafen	III	1	
Baden-Württemberg	Heilbronn	II	1	
Baden-Württemberg	Karlsruhe	I	1	
Baden-Württemberg	Kehl	II	2	
Baden-Württemberg	Ludwigsburg	I	2	
Baden-Württemberg	Mannheim	I	1	
Baden-Württemberg	Merklingen	II	2	
Baden-Württemberg	Müllheim	II	2	
Baden-Württemberg	Münsingen	II	2	
Baden-Württemberg	Mutlangen	III	1	
Baden-Württemberg	Neckarsulm	II	2	
Baden-Württemberg	Nellingen	II	2	
Baden-Württemberg	Offenburg	II	2	
Baden-Württemberg	Rastatt	I	3	
Baden-Württemberg	Reutlingen	II	2	
Baden-Württemberg	Rheinau-Linx	II	2	
Baden-Württemberg	Sachsenheim	I	2	
Baden-Württemberg	Schwäb. Gmünd	III	1	
Baden-Württemberg	Tübingen	II	2	
Baden-Württemberg	Ulm	II	1	
Bayern	Ansbach	III	2	
Bayern	Aschaffenburg	II	2	
Bayern	Augsburg	II	1	
Bayern	Aystetten	II	2	
Bayern	Bad Tölz	III	2	
Bayern	Bamberg	III	1	
Bayern	Batzenhofen (Stadtbergen)	II	2	
Bayern	Bayreuth	III	1	
Bayern	Berchtesgaden	III	2	FG
Bayern	Brücks			
Bayern	Coburg	III	1	
Bayern	Derching (Aichach-Friedberg)	II	2	
Bayern	Deuringen (Stadtbergen)	II	2	
Bayern	Eußenhausen (Mellrichstadt)	III	2	FG
Bayern	Fürth	I	1	
Bayern	Günzburg	II	3	
Bayern	Haingrün			
Bayern	Hof	III	1	FG
Bayern	Illertissen	II	2	
Bayern	Ingolstadt	III	1	
Bayern	Lachen	II	3	
Bayern	Landshut	III	1	
Bayern	Lenggries	III	2	
Bayern	Mühlfeld (Mellrichstadt)	III	2	FG
Bayern	München	I	1	
Bayern	Neu-Ulm	II	2	
Bayern	Nürnberg	I	1	
Bayern	Regen	III	2	FG
Bayern	Rötz	II	3	FG
Bayern	Thalfingen (Neu-Ulm)	II	2	
Bayern	Würzburg	II	1	
Bayern	Zirndorf	I	2	
Saarland	Büschfeld (Wadern)	I	3	FG
Saarland	Differten (Wadgassen)	I	2	FG
Saarland	Haustadt (Beckingen)	I	3	FG
Saarland	Urexweiler (Marpingen)	I	3	FG
Berlin	Berlin	I	1	

4. Auswirkungen auf strukturstarke Verdichtungsräume (großstädtische Ballungsgebiete)

   — Welche Auswirkungen der Abrüstung erwartet die Bundesregierung auf strukturstarke Verdichtungsräume?

Die Bundesregierung erwartet überwiegend positive Auswirkungen der Abrüstung auf strukturstarke Verdichtungsräume. Spürbare Entlastungen durch den Abzug von Soldaten werden beispielsweise für den Grundstücks- und Wohnungsmarkt, im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und im Umweltbereich eintreten.

Durch die freiwerdenden Liegenschaften ergeben sich für diese Räume regionale und kommunale Entwicklungschancen, insbesondere in siedlungs- und wirtschaftsstruktureller Hinsicht. Es eröffnen sich Möglichkeiten zur Erhöhung des Baulandangebotes für Zwecke des Wohnungsbaus und der Gewerbeansiedlung.

Der in vielen Verdichtungsräumen gegebene Mangel an Facharbeitern kann teilweise durch die ehemaligen Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Streitkräfte ausgeglichen werden.

— Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um diese Auswirkungen auszugleichen?

Da die Bundesregierung durch die Abrüstung für strukturstarke Verdichtungsräume überwiegend positive Auswirkungen erwartet, sieht sie keine Notwendigkeit für Ausgleichsmaßnahmen. Die Bundesregierung geht davon aus, daß diese Regionen aufgrund ihrer Wirtschaftskraft selbst in der Lage sind, möglicherweise in einer Übergangsphase auftretende negative Auswirkungen aus eigener Kraft aufzufangen.

5. Auswirkungen auf strukturschwache Gebiete und ländliche Räume

   — Welche Auswirkungen der Abrüstung erwartet die Bundesregierung auf strukturschwache Gebiete und ländliche Räume?

Durch den Abzug von Soldaten und die Schließung von Standorten können in strukturschwachen Regionen zum Teil erhebliche negative Auswirkungen auftreten, da in diesen Regionen die militärischen Einrichtungen häufig eine besondere Bedeutung als Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber haben. Aufgrund der engen Verflechtung zwischen den Standorten und den Regionen wird durch die Schließung bzw. Teilauflösung von Standorten in einem Übergangszeitraum die Schaffung neuer Arbeitsplätze erforderlich sein.

Der Truppenabbau wird aber auch in strukturschwachen Regionen positive Auswirkungen haben. Neben der Verfügbarkeit von Flächen werden die Regionen die Chance haben, ihre sog. weichen Standortfaktoren zu verbessern: Durch geringere Lärmbelästigung, verringertes Verkehrsaufkommen, verbesserte Fremdenverkehrsmöglichkeiten wird die Umstrukturierung in den Regionen erleichtert.

Der auch in diesen Regionen spürbare Fachkräftemangel könnte durch die freigesetzten Zivilbeschäftigten teilweise ausgeglichen werden.

— Welche Maßnahmen sind zum Ausgleich dieser Auswirkungen vorgesehen?

Die interministerielle Arbeitsgruppe Konversion, die sich mit den sozialen und regionalen Auswirkungen der Standorte- und Rüstungskonversion beschäftigt, hat Handlungsfelder, die zur Flankierung dieser Auswirkungen geeignet sind, festgelegt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Gespräche handelt es sich um die regionale Flankierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sowie um städtebauliche Maßnahmen im Hinblick auf die notwendige Umnutzung und Neustrukturierung freiwerdender Liegenschaften in vom Truppenbau besonders betroffenen Gebieten. Die von der Bundesregierung beschlossenen Preisnachlässe von 15 Prozent bis 75 Prozent bei Verkauf freiwerdender bundeseigener Liegenschaften insbesondere für soziale Zwecke wie sozialer Wohnungsbau, Studentenwohnraumbau, Altenheime, Schulen, Kindergärten und anderes tragen dazu bei, die zivile Nutzung ehemaliger militärischer Flächen zu erleichtern. Das gleiche gilt für die im Haushaltsplan 1992 vorgesehene Möglichkeit, in Einzelfällen bundeseigene Grundstücke in Bereichen, in denen die rechtlichen Voraussetzungen für eine Ausweisung als Sanierungs- oder Entwicklungsbereich gegeben sind, auch ohne förmliche Ausweisung zum sanierungs- bzw. entwicklungsunbeeinflußten Grundstückswert an Gemeinden zu veräußern. Schließlich gilt dies auch für die Maßnahmen zur Beschleunigung des Freigabeverfahrens. Hierfür sind vorgesehen: Die abschließende Prüfung des Bundesbedarfs bereits vor der Freigabe der Liegenschaften, möglichst gleichzeitige Abstimmungsgespräche mit den Ländern und Kommunen sowie eine vorgezogene Wertermittlung.

Unterstützungen für die Unternehmen, die von der Rüstungskonversion betroffen sind, hält die Bundesregierung nicht für erforderlich, da es in der Verantwortung der Unternehmen liegt, die Folgen aufzufangen.

— Welche Wirkungen erwartet die Bundesregierung von den vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen?

Die Bundesregierung erwartet von Ausgleichsmaßnahmen zugunsten strukturschwacher Gebiete, daß sie die Standortbedingungen in diesen Regionen für die Ansiedlung von Unternehmen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verbessern sowie notwendige Umnutzungen und Neustrukturierungen erleichtern.

Geeignete Ausgleichsmaßnahmen können ebenso die Attraktivität der Regionen als Wohn- und Freizeitgebiete erhöhen, so daß Abwanderungen der Bevölkerung entgegengewirkt wird.

II. Auswirkungen der Abrüstung auf rüstungsabhängige Betriebe (Rüstungskonversion)

1. Auswirkungen auf strukturstarke Verdichtungsräume (großstädtische Ballungsgebiete)

— Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung auf rüstungsabhängige Betriebe in strukturstarken Verdichtungsräumen?

Nach der Ifo-Studie „Die Produktion von Wehrgütern in der Bundesrepublik Deutschland" gaben drei Viertel der antwortenden Unternehmen an, daß ein unterstellter Nachfragerückgang von ca. 30 Prozent über einen Zeitraum von mehreren Jahren einen Abbau der Kapazitäten bedeuten würde, der aber im zivilen Geschäft und z. T. auch im militärischen Bereich ausgeglichen werden könnte. Das restliche Viertel erwartet erhebliche Schwierigkeiten bei der Umstellung.

Unabhängig von alternativen Produktionsmöglichkeiten im militärischen Bereich sind es vor allem die Unternehmen mit einem hohen zivilen Produktionsanteil bzw. einer Produktionspalette, bei der sich die Fertigung von Erzeugnissen für den zivilen Markt nicht stark von der Wehrgüterproduktion unterscheidet, die nur geringe Probleme bei der Konversion haben. Daher ist der Anteil des Wehrgüterumsatzes am Gesamtumsatz als ein wesentlicher Indikator für die Konversionsfähigkeit anzusehen.

Die Gegenüberstellung der relativen Abhängigkeit, gemessen am Anteil des Wehrgüterumsatzes der größten bundesdeutschen Wehrgüterproduzenten zu derjenigen wichtiger ausländischer Unternehmen (USA, GB, F), weist für die Bundesrepublik Deutschland eine verhältnismäßig günstige Ausgangsposition zur Bewältigung der anstehenden Konversionsprobleme aus. So beziffert sich nach einer von SIPRI vorgenommenen Zusammenstellung der Anteil des Wehrgüterumsatzes bei den zehn größten Wehrgüterproduzenten in der Bundesrepublik Deutschland auf lediglich 9,3 Prozent, während er in den USA 22,9 Prozent, in Großbritannien 38,5 Prozent und in Frankreich 40 Prozent beträgt.

Die Fähigkeit der Rüstungsfirmen zur Konversion in zivile Bereiche wird also sowohl auf Basis der Unternehmensbefragung als auch im internationalen Vergleich als gut eingeschätzt. Sie ist unabhängig davon, ob Unternehmen einen Sitz in strukturstarken oder strukturschwachen Regionen haben. Die Mehrzahl der Unternehmen mit wehrtechnischer Produktion ist in Ballungsgebieten oder strukturstarken Räumen angesiedelt.

Anders stellt sich die Situation für die wehrgüterproduzierenden Unternehmen in den neuen Bundesländern dar.

Auf der Grundlage des Beschlusses zum Haushaltsgesetz für das 2. Halbjahr 1990 wurden durch das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung alle bestehenden Liefer- und Leistungsverträge fristlos storniert. Damit waren alle Rüstungsunternehmen ab 1. August 1990 ohne staatliche Aufträge.

Mit der Inkraftsetzung des Kriegswaffenkontrollgesetzes im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik wurden den dortigen Unternehmen zudem ihre Exportmöglichkeiten ab 1991 in die Vertragsstaaten des Warschauer Pakts entzogen.

Von der daraus resultierenden Produktionseinstellung und dem damit verbundenen Zwang zur Umstellung der Rüstungsindustrie waren über 40 000 Arbeitnehmer in 74 Unternehmen betroffen.

Ähnlich bruchartige Entwicklungen sind jedoch in vielen Industriebranchen der neuen Bundesländer eingetreten und rechtfertigen per se keine Sonderbehandlung der Rüstungsindustrie im Beitrittsgebiet.

Diese erscheint auch nicht erforderlich, da der gesamte, von der Bundesregierung aufgelegte Katalog an Fördermaßnahmen zum Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern auch den Rüstungsfirmen der Deutschen Demokratischen Republik offensteht (Investitionszulagen, Zuschüsse zur Umstrukturierungsberatung, FuE-Förderung etc.).

Im übrigen ist sichergestellt, daß die ehemaligen Rüstungsfirmen in den neuen Bundesländern im Rahmen der anstehenden Vernichtung von bis zu 270 000 t NVA-Munition in die Auftragsvergabe der VEBEG/TREUAG einbezogen werden, die treuhänderisch für den Bund tätig ist. Erste Aufträge zur Munitionsvernichtung wurden bereits an Unternehmen im Beitrittsgebiet vergeben; darunter sind auch Firmen, die in der Vergangenheit Munition produziert haben.

— Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zum Ausgleich dieser Auswirkungen?

Aufgrund der erläuterten Fähigkeit der Unternehmen zur Umstellung ihrer Produktion hält die Bundesregierung eine wirtschaftspolitische Flankierung über Anpassungshilfen für nicht erforderlich.

2. Auswirkungen auf strukturschwache Gebiete und ländliche Räume

— Welche Auswirkungen der Abrüstung auf rüstungsabhängige Betriebe sowie die gewerbliche Wirtschaft erwartet die Bundesregierung in strukturschwachen Gebieten und in ländlichen Räumen?

Wie bereits dargelegt, sind Unternehmen mit wehrtechnischer Produktion nur zu einem geringen Teil in strukturschwachen Regionen angesiedelt.

In diesen Regionen kann ein Rückgang der Nachfrage nach wehrtechnischen Produkten negative regional-

wirtschaftliche Auswirkungen haben, wenn durch erforderliche Umstrukturierungen Arbeitsplätze verlorengehen.

In strukturschwachen Regionen haben die Arbeitnehmer in der Regel geringere Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Negative Auswirkungen auf die örtliche Wirtschaftskraft können verstärkt werden, wenn im Falle eines Auftragsrückgangs Zulieferbetriebe in der Region ansässig sind.

— Welche Maßnahmen sind zum Ausgleich dieser Auswirkungen geplant?

Bereits jetzt können Unternehmen in strukturschwachen Regionen Investitionszuschüsse aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erhalten. Durch diese Förderung gewerblicher Investitionen konnte im Zeitraum 1986 bis 1990 die Schaffung von rd. 242 000 zusätzlicher Arbeitsplätze unterstützt werden. Falls sich aufgrund der Umstrukturierung von Unternehmen mit wehrtechnischer Produktion erhebliche Auswirkungen auf strukturschwache Regionen ergeben sollten, wird die Bundesregierung die gleichen Maßnahmen ergreifen, die sie zur Flankierung der durch den Truppenabbau bzw. Truppenabzug verursachten regionalwirtschaftlichen Anpassung für geeignet hält.

— Welche Wirkungen erwartet die Bundesregierung von diesen Maßnahmen?

Die Bundesregierung erwartet die gleichen positiven Auswirkungen der Maßnahmen, wie sie für strukturschwache Regionen erwartet werden, die von einem Truppenabbau bzw. Truppenabzug betroffen sind.

III. Gesellschaftspolitische Abstützung der Abrüstungsmaßnahmen

1. Beteiligung der Gebietskörperschaften

— In welcher Weise plant die Bundesregierung die Länder, Landkreise und Gemeinden an den Stationierungsentscheidungen sowie den Abhilfemaßnahmen zur Überwindung der negativen Abrüstungsfolgen zu beteiligen?

In der Antwort zu Frage B. I. 1 war politische und gesellschaftliche Akzeptanz als ein wichtiges Kriterium für Stationierungsentscheidungen genannt worden. Dementsprechend ist frühzeitig vor Entscheidungen ein Unterrichtungs- und Konsultationsverfahren zwischen der Bundesregierung und allen Bundesländern eingeleitet worden. Die endgültigen Stationierungsentscheidungen wurden unter Einbeziehung der Stellungnahmen der Landesregierungen gefällt. Die Beteiligung kommunaler Körperschaften lag im Ermessen der Landesregierungen.

Die Länderwirtschaftsministerien sind in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministers für Wirtschaft vertreten, die für Fragen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Flankierung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Abrüstung zuständig ist. Beteiligt sind auch durch einen Vertreter die Kommunalen Spitzenverbände. Dadurch ist ein ständiger Informationsaustausch sichergestellt.

2. Beteiligung von Organisationen und Verbänden

— Auf welche Weise sollen Gewerkschaften, Berufsverbände und Arbeitgeberverbände sowie andere betroffene Organisationen an den Abrüstungsentscheidungen sowie an der Erarbeitung von Maßnahmen zur Überwindung negativer Abrüstungsfolgen beteiligt werden?

Gewerkschaften, Berufsverbände, Arbeitgeberverbände und die Personalvertretungen werden beteiligt, soweit es gesetzlich geboten ist. Darüber hinaus wird jede Stellungnahme und jedes Unterstützungsangebot der Verbände begrüßt und in die Überlegungen einbezogen.

C. Wirtschaftliche Auswirkungen der Abrüstung

I. Arbeitsmarktpolitische Auswirkungen

— Welche arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung im Zuge der anstehenden Abrüstung bzw. des Abzugs der Stationierungstruppen?

— Welchen politischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, um diese Auswirkungen sozialverträglich abzufedern?

— Welche Finanzierungsmodelle hat die Bundesregierung vorgesehen, um negative arbeitsmarktpolitische Auswirkungen der Abrüstung zu vermeiden?

Personelle Anpassungsmaßnahmen im Zuge des Abrüstungsprozesses einschließlich des Abzugs der Stationierungsstreitkräfte sowie des Abzugs der Westgruppe der Sowjettruppe werden sich über einen mehrjährigen Zeitraum erstrecken. Die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen werden davon abhängen, welche Personengruppen in welchen Regionen betroffen sind: Der Abzug von Soldaten wird in den betroffenen Regionen keine Freisetzungen in den Arbeitsmarkt verursachen, indirekte Wirkungen auf den Arbeitsmarkt können sich durch den Nachfrageausfall ergeben.

In den Regionen werden durch die Freisetzung von zivilen Beschäftigten bei den Streitkräften Arbeitsplätze verlorengehen. Hierbei sind regional unterschiedliche Auswirkungen zu erwarten.

Aufgrund der zumeist hohen Fertigungsanteile von Erzeugnissen für den zivilen Markt bei den Unternehmen, die Verteidigungsgüter herstellen, sind aufgrund des Abrüstungsprozesses nur begrenzte Anpassungs-

probleme, die auch zur Freisetzung von Beschäftigten führen können, zu erwarten.

Eine konkrete Abschätzung sowohl der regionalen wie der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkteffekte ist nicht möglich:

– Gegenwärtig liegen Freisetzungspläne bei den Gaststreitkräften nur im Groben vor; für den Bereich der Verteidigungsgüterindustrie fehlen Informationen.

– Die Verringerung des Arbeitsplatzangebotes bedeutet nicht in allen Fällen eine Nachfrage nach Arbeitsplätzen durch die freigesetzten Beschäftigten. So bleibt z. B. abzuwarten, in welchem Umfang zivile Arbeitnehmer der Gaststreitkräfte in eine Beschäftigung bei öffentlichen Arbeitgebern übernommen werden können.

– Für die Anpassung gelten unterschiedliche Zeithorizonte. Für die Gaststreitkräfte ist im wesentlichen ein Zeitraum bis Ende 1994 vorgegeben. Der Anpassungsprozeß für die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr wird demgegenüber bis zum Jahr 2000 gestreckt.

– Der Abrüstungsprozeß wird, soweit er mit dem Freiwerden bisher militärisch genutzter Liegenschaften verbunden ist, die Schaffung neuer Arbeitsplätze begünstigen und somit zu positiven Arbeitsmarktwirkungen führen.

Die Bundesregierung geht – trotz der genannten Unsicherheitsfaktoren – davon aus, daß sich gesamtwirtschaftlich keine gravierenden Arbeitsmarktprobleme im Zusammenhang mit dem Abrüstungsprozeß ergeben werden. Dies kann vor allem damit begründet werden, daß aufgrund der weitreichenden sozialen Sicherung für Soldaten und zivile Beschäftigte der Bundeswehr durch gesetzliche und bestehende bzw. noch zu treffende tarifvertragliche Regelungen sowie die Absicht, grundsätzlich Kündigungen zu vermeiden, nahezu keine Arbeitsmarkteffekte durch Freisetzungen zu erwarten sind. Die Freisetzung ziviler Arbeitnehmer bei den Gaststreitkräften kann regionale Auswirkungen haben. Für diese Personengruppe, auf die sich der arbeitsmarktpolitische Handlungsbedarf im wesentlichen begrenzen lassen wird, gilt der Tarifvertrag „Soziale Sicherung". Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen werden den von Freisetzungen betroffenen Arbeitnehmern zusätzliche Leistungen gewährt.

Zur arbeitsmarktpolitischen Flankierung der erforderlichen Anpassungsprozesse steht das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes flächendeckend zur Verfügung. In der Regel erfüllen die potentiell betroffenen Arbeitnehmer auch die persönlichen Voraussetzungen, um die entsprechenden Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit in Anspruch nehmen zu können.

Die Bundesregierung verfolgt gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit vor allem die Zielsetzung, Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden und die Aufnahme einer neuen Beschäftigung zu fördern. Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit ist für entsprechende Maßnahmen gegebenenfalls die erforderliche Vorsorge zu treffen.

Insbesondere für die zivilen Arbeitnehmer der Bundeswehr, aber auch für die der Stationierungsstreitkräfte, erweitern tarifvertragliche Regelungen den sozialen Schutz. Auf die derzeit laufenden Tarifverhandlungen wird hingewiesen.

Die Bundesregierung sieht darüber hinaus derzeit keinen politischen Handlungsbedarf.

II. Einpassung in das wirtschaftspolitische Umfeld

– Durch welche Maßnahmen wird die Vereinbarkeit nationaler Sondermaßnahmen mit den EG-Richtlinien sichergestellt?

Die Förderung von gewerblichen Investitionen unterliegt der Beihilfenkontrolle der EG-Kommission gemäß Artikeln 92ff. EWG-Vertrag.

Eine Förderung von betrieblichen Investitionen ist nur im Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" möglich. Wenn Investitionen von Gewerbebetrieben in Regionen außerhalb des gegenwärtigen Fördergebiets der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden sollen, muß eine entsprechende Gebietskompensation vorgenommen werden, da von der EG-Kommission für die nächsten drei Jahre ein Fördergebietsplafond in Höhe von 27 Prozent der Bundesbevölkerung des alten Bundesgebietes festgelegt wurde. Bund und Länder haben dieser Entscheidung zugestimmt.

Die Notwendigkeit zur Gebietskompensation stellt sich dagegen nicht bei der Förderung von Infrastrukturmaßnahmen, d. h. hier ist eine Förderung auch außerhalb des GA-Gebiets möglich.

– Welches Sonderprogramm ist nach Art und Umfang im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zur Überwindung negativer Abrüstungsfolgen vorgesehen?

Der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" hat im Januar einen Grundsatzbeschluß für ein regionales Sonderprogramm für Gebiete gefaßt, die in besonderem Maße vom Truppenabbau und der Schließung von Standorten betroffen sind. Der Unterausschuß wurde mit der Vorbereitung eines solchen Programms beauftragt.

Mit dem seit 5. August 1991 vorliegenden Stationierungskonzept für die deutschen Streitkräfte liegt nun eine Datenbasis vor, auf die für eine erste Entscheidung über Eckwerte für ein regionales Sonderprogramm zurückgegriffen werden kann. Eine endgültige Entscheidung ist aber erst dann möglich, wenn auch Angaben über die künftige Struktur der Bundeswehrverwaltung und des Rüstungsbereichs der Bundeswehr sowie über die konkreten Standortpläne der alliierten Streitkräfte vorliegen.

– Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Initiative des Europäischen Parlaments vom 25. Oktober 1990 zu unterstützen, wonach im Rahmen einer strategischen Reserve Mittel zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in von der Abrüstung besonders negativ betroffenen Regionen zur Verfügung gestellt werden sollen?

Auf Initiative des Europäischen Parlaments stehen im EG-Haushalt 1991 für das Gemeinschaftsprogramm PERIFRA Mittel in Höhe von 40 Mio. ECU für alle Mitgliedstaaten zur Verfügung, die zum Ausgleich nachteiliger Wirkungen auf betroffene Gebiete infolge

- der Erweiterung der EG um das Gebiet der ehemaligen DDR,
- der handelspolitischen Zugeständnisse an osteuropäische Länder,
- des Abzuges des Militärs aus westeuropäischen Standorten sowie
- der Energieversorgungskrise im Verlauf und aufgrund des Golfkrieges

beitragen sollen.

Aufgrund des ingesamt geringen verfügbaren Mittelvolumens und der weiten Förderbereiche wird nur ein geringer Mittelanteil für Konversionsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland verbleiben. Die Entscheidung der EG-Kommission soll in Kürze getroffen werden.

Die Umsetzung dieser Initiative ist Angelegenheit der Länder. Es liegt in ihrer Verantwortung, die Gemeinden zu informieren und zu beraten.

– Was hat die Bundesregierung unternommen, um bei den Europäischen Gemeinschaften ein zusätzliches regionalpolitisches Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Umstrukturierung in Regionen, die durch die Abrüstungsfolgen wirtschaftlich besonders stark betroffen sind, zu erwirken?

Die Bundesregierung sieht in einem EG-Programm grundsätzlich eine Möglichkeit, nationale Maßnahmen zur regionalen Flankierung von Problemen, die sich aus dem Truppenabbau ergeben, zu unterstützen. Aufgrund der Netto-Zahler-Position der Bundesrepublik Deutschland kann jedoch ein EG-Programm wegen der finanziellen Forderungen anderer Mitgliedstaaten für weitere Fördermaßnahmen insgesamt einen höheren finanziellen Beitrag erfordern als sie aus dem Programm erhält. Gemäß dem von der Bundesrepublik Deutschland in Abstimmung mit den Ländern verfolgten Prinzip der Subsidiarität sind deshalb nationale Maßnahmen vorzuziehen.

– Sollen zur Überwindung negativer Abrüstungsfolgen Beschäftigungsgesellschaften, wie für die fünf neuen Bundesländer erwogen, eingerichtet werden, und nach welchen Kriterien soll dies geschehen?

Gesellschaften für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung besitzen in den neuen Ländern die spezifische und zeitlich befristete Aufgabenstellung, den grundlegenden Umstrukturierungsprozeß einer ehemals eigenständigen Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft zu flankieren. Vorrangig ist die Schaffung neuer, zukunftsträchtiger Arbeitsplätze; Arbeitsförderungsgesellschaften sollen dazu beitragen, den erforderlichen Zeitraum bis zur Verwirklichung entsprechender Investitionsvorhaben zu überbrücken.

Angesichts der zu erwartenden – wesentlich geringeren – Auswirkungen des Abrüstungsprozesses auf die regionalen Arbeitsmärkte, wobei zugleich in bestimmten Regionen positive Arbeitsmarkteffekte eintreten werden, wird es in den alten Ländern nicht erforderlich sein, Arbeitsförderungsgesellschaften einzurichten. Unter Berücksichtigung der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der zeitlichen Streckung der Anpassungsmaßnahmen für die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr und der entwickelten marktwirtschaftlichen Strukturen könnte hier die Errichtung von Arbeitsförderungsgesellschaften den Arbeitsplatzwechsel freigesetzter Arbeitnehmer eher behindern.

– Ist die Bundesregierung bereit, die im Verteidigungshaushalt eingesparten Mittel zumindest teilweise in einen „Konversionsfonds" einzubringen?

Nach dem Gesamtdeckungsprinzip der Bundeshaushaltsordnung dienen Einsparungen im Bundeshaushalt dem allgemeinen Haushaltsausgleich. Für eine Zweckbindung von Minderausgaben im Verteidigungshaushalt in Form eines „Konversionsfonds" ist daher – abgesehen von den haushaltsrechtlichen Bedenken – kein Raum. Im übrigen mißt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der gewaltigen nationalen und internationalen finanzpolitischen Herausforderung der Konsolidierung des Bundeshaushalts höchste Priorität bei. Die Bundesregierung ist aber bereit, gemeinsam mit den Länder ein Programm aufzulegen. Einzelheiten hierzu wurden in der Antwort zu Frage B. I. 5 dargelegt.

D. Soziale Auswirkungen der Abrüstung (soziale Konversion)

(Alle Angaben in Jahresschritten über der Zeitachse)

I. Soldaten der Bundeswehr

– Welche sozialen Auswirkungen der Abrüstung erwartet die Bundesregierung für die betroffenen Soldaten der Bundeswehr?

Der Aufbau einer einheitlichen Bundeswehr im vereinten Deutschland und der vertraglich vereinbarte Truppenabbau machen eine umfassende Neuplanung der Bundeswehr erforderlich. Sie stellt einen Umbruch von historischer Dimension dar. Auch der einzelne Bundeswehrangehörige und seine Familie werden getroffen.

Müssen Truppenteile aufgelöst oder Standorte ausgedünnt werden, werden Versetzungen beim zivilen und militärischen Personal bei allen Bemühungen um andere Lösungen nicht zu vermeiden sein. Versetzungen verändern die Lebensplanung der Betroffenen und ihrer Familien erheblich. Zwar geht der bisherige Arbeitsplatz verloren, aber kein Zivilbediensteter in den alten Bundesländern wird gegen seinen Willen entlassen werden.

Entscheidungen über den Truppenabbau und über die neue Bundeswehrstruktur müssen frühzeitig und vollständig getroffen werden, um Verunsicherungen bei den Bundeswehrangehörigen in der Phase der Vorbereitung zu vermeiden.

— Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im einzelnen zur Überwindung dieser sozialen Auswirkungen?

Soweit die zu erwartenden Auflösungen von Dienststellen in größerem Umfang zu Versetzungen von Soldaten führen, werden entstehende soziale Härten durch erforderliche Umzüge, Schulwechsel der Kinder, Verlust des Arbeitsplatzes der Ehefrau und andere Beeinträchtigungen durch die Aufstellung von Sozialplänen (im Sinne des Ministerialblatts des Bundesministers der Verteidigung 1980, S. 253) abgemildert.

Die dazu bestehenden Richtlinien aus dem Jahre 1980 haben sich insoweit bewährt und sind in den letzten Jahren bereits eine unverzichtbare Grundlage bei der Durchführung notwendiger organisatorischer Maßnahmen gewesen. Entsprechende Hinweise auf die Aufstellung eines Sozialplans werden regelmäßig in die Organisationsbefehle zur Einleitung der betreffenden Organisationsmaßnahmen aufgenommen.

Dies wird auch bei den anstehenden Strukturveränderungen beibehalten. Härten werden sich nicht immer vermeiden lassen. Zur Hilfeleistung für die betroffenen Soldaten und ihrer Familien stehen aber gegebenenfalls auch die bei den Standortverwaltungen gebildeten Sozialdienste mit Rat und Tat zur Verfügung.

II. Zivilbeschäftigte der Bundeswehr sowie der verbündeten Streitkräfte

— Welche sozialen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die betroffenen zivilen Beschäftigten bei der Bundeswehr und den verbündeten Streitkräften?

Für die zivilen Beschäftigten bei der Bundeswehr wurde die Frage unter D. erster Spiegelstrich mit beantwortet.

Entsprechend der Antwort zur Frage A. II. 2 rechnet die Bundesregierung damit, daß bei den verbündeten Streitkräften bis 1995 zahlreiche Arbeitsplätze verlorengehen, seit Mitte 1990 wurden bereits über 10 000 abgebaut (Stand Juni 1991: rd. 92 000 Arbeitnehmer). Für die Zukunft ist mit einer Verstärkung der Fluktuation zu rechnen, so daß nach vorsichtigen Schätzungen weniger als die Hälfte der verlorengehenden Arbeitsplätze zu Entlassungen führen werden.

Der größte Teil der Arbeitnehmer, die bei den Stationierungsstreitkräften entlassen werden müssen, werden Anspruch auf Leistungen nach dem Tarifvertrag Soziale Sicherung haben. Dieser Tarifvertrag unterstützt die allgemeinen Maßnahmen zur Wiedereingliederung dieser Menschen durch zusätzliche und insbesondere finanzielle Hilfen:

Arbeitnehmer, die mindestens fünf Jahre bei den Stationierungsstreitkräften beschäftigt waren, werden bei der Einstellung in den deutschen öffentlichen Dienst bevorzugt berücksichtigt; Arbeitnehmer, die mindestens 40 Jahre alt sind und mindestens zehn Jahre bei den Stationierungsstreitkräften beschäftigt waren, erhalten nach diesem Tarifvertrag auch finanzielle Leistungen (Überbrückungshilfen), die der Sicherung des bisherigen Arbeitseinkommens dienen. Diese Überbrückungsbeihilfen werden insbesondere zu einem niedrigeren Arbeitsentgelt aus einer anderweitigen Beschäftigung gezahlt und ermöglichen auf diese Weise die Arbeitsaufnahme auch dann, wenn zunächst nur ein niedrigeres Einkommen erzielt werden kann. Ferner werden Überbrückungsbeihilfen zum Unterhaltsgeld der Bundesanstalt für Arbeit bei der Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen sowie zum Arbeitslosengeld oder zur Arbeitslosenhilfe gezahlt.

Die Überbrückungsbeihilfen werden in diesen Fällen mindestens für zwei Jahre, unter Umständen bis zum Erreichen des Rentenalters gezahlt.

— Welche Abhilfemaßnahmen hierfür hat die Bundesregierung vorgesehen?

Für Angestellte und Arbeiter des Bundes:

- tarifvertragliche Regelungen für die Anwendung der Tarifverträge über den Rationalisierungsschutz,
- vorzeitige Ausscheidungsregelung ab dem 55. Lebensjahr in Anlehnung an das Beamtenanpassungsgesetz,
- flankierende Maßnahmen zur Erleichterung der Personalführung und zur Abwendung von sozialen Problemfällen im Einzelfall.

Für Beamte des Bundes:

Infolge der Verringerung der Streitkräfte müssen für das Gebiet der alten Bundesländer bis zum 31. Dezember 1997 mindestens 4 862 Beamten-Haushaltsstellen abgebaut werden. Es wird versucht werden, die normale Fluktuation (z. B. durch die üblichen Zurruhesetzungen) auszunutzen, um dem Wegfall der Haushaltsstellen bei den erforderlichen Personaleinzelentscheidungen Rechnung zu tragen. Weiterhin wird vorrangig versucht werden, Mitarbeiter bei anderen Verwaltungen zu verwenden.

Die Bundesregierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Anpassung der Zahl der Beamten im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung an die Verringerung der Streitkräfte in der Kabinettsitzung am 24. Juli 1991 beschlossen. Insoweit wird auf die Beantwortung der Fragen A. I. 1 verwiesen.

III. Arbeitnehmer in rüstungsabhängigen Betrieben

- Welche sozialen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung durch die Abrüstung für Arbeitnehmer in rüstungsabhängigen Betrieben?
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um diese sozialen negativen Auswirkungen abzufedern?

Um negative soziale Auswirkungen durch die Abrüstung für Arbeitnehmer in rüstungsabhängigen Betrieben zu vermeiden, sieht es die Bundesregierung als Aufgabe der Tarifpartner an, Vereinbarungen zu treffen, die die Chancen der Arbeitnehmer für eine Weiterbeschäftigung verbessern. Geeignet sind dafür z. B. unternehmensinterne Umschulungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen, aber auch Mobilitätsanreize, die den Arbeitnehmern einen Arbeitsplatzwechsel oder die Aufnahme außerbetrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen erleichtern.

Im übrigen können – sofern Anpassungsmaßnahmen in Unternehmen zu Freisetzungen führen – die Möglichkeiten, die das Arbeitsförderungsgesetz bietet, flächendeckend ausgeschöpft werden.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333